

Werner J. Patzelt

Politikwissen- schaft

Einführung



Nomos
Bibliothek

NomosBibliothek

Die Lehrbuchreihe bietet Studierenden der Sozial- und Geisteswissenschaften ausgezeichnete Einführungen in die jeweilige Fachdisziplin. Klar strukturiert und in verständlicher Sprache vermitteln die Bände grundlegende Fachinhalte und fundiertes Expertenwissen. Sie sind ideal geeignet zum Einstieg in das Studium und zur sicheren Prüfungsvorbereitung – ein unentbehrliches Handwerkszeug für alle angehenden Sozial- und Geisteswissenschaftler:innen.

Werner J. Patzelt

Politikwissen- schaft

Einführung



Nomos
Bibliothek



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7535-4 (Print)

ISBN 978-3-7489-3384-7 (ePDF)

1. Auflage 2023

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2023. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort zur Neuauflage

Die erste Auflage meiner „Einführung in die Politikwissenschaft“ schrieb ich im Winter 1991/92, ganz zu Beginn meiner Tätigkeit als Inhaber des an der TU Dresden neu errichteten Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich. Damals hatte ich Studierende und neu auszubildende Gemeinschaftskundelehrer vor mir, denen es – gar nicht lange nach dem Zusammenbruch der DDR – am Zugang zu politikwissenschaftlicher Fachliteratur fehlte. Nötig schien da ein Überblickswerk zu sein, das in das Anliegen, in die fachliche Perspektive und in den methodischen Ansatz der Politikwissenschaft einführt sowie einen sachlichen Überblick zu deren Teilfächern verschafft. Das gelang anscheinend recht gut, denn im Jahr 2013 erlebte das Werk – erschienen im Passauer Wissenschaftsverlag Rothe – seine siebte Auflage. In jeder bis dahin kamen neue Textteile hinzu, um nämlich Darstellungslücken zu schließen oder erfahrungsgemäß Missverstandenes näher auszuführen. Dadurch wuchs der Umfang von einst rund 360 Seiten auf am Ende gut 640 Seiten an, mit Schwerpunkt auf der vergleichenden Systemlehre sowie auf der empirischen und normativen Methodenlehre.

An diese Neuauflage machte ich mich einerseits als Emeritus ohne weitere Lehrverpflichtungen, andererseits als hauptberuflicher Forschungsdirektor einer Brüsseler Denkfabrik, und also im Licht jahrzehntelanger akademischer und politischer Erfahrungen. Weil der Text zu kürzen war, musste bislang Behandeltes entfernt werden, lässt sich aber weiterhin dank seitengenaue Verweise in der 7. Auflage finden. Ansonsten entfielen alle Literaturhinweise in den Fußnoten, das Glossar sowie der prüfungsvorbereitende Fragenkatalog. Gestrichen wurden auch die ‚Praktischen Ratschläge‘; sie mag die jetzt lehrende Politikwissenschaftlergeneration erteilen. Die Ausführungen zu Methodenlehre wurden, veranschaulicht durch viele praktische Forschungsbeispiele, ausgelagert in mein – 2020 im Nomos-Verlag erschienenes – Lehrbuch der Parlamentarismusforschung.

Das hier vorliegende Buch wendet sich an Studierende, die ihr politikwissenschaftliches Studium beginnen oder sich auf Prüfungen vorbereiten, desgleichen an die Lehrenden politisch bildender Fächer an Schulen und Hochschulen. Wer erfahren will, wie meine eigene akademische Lehre zu alledem ausgesehen hat, der findet im Internet umfangreiche Videodokumentationen dazu.¹ Alles in allem gilt weiterhin mein Satz aus einer der Vorgängeraufla-

1 Im Internet leicht auffindbar mit den Suchbegriffen „Patzelt Vorlesungen Video“, handelt es sich um 14 Vorlesungen zur Einführung in die Politikwissenschaft und in die Systemlehre, um zwölf Vorlesungen über Staatlichkeit und Demokratien im Vergleich, sowie um sechs Vorlesungen zur empirischen Sozialforschung und zu deren wissenschaftstheoretischen Grundlagen. Die Initiative zu diesen Dokumentationen ging von meinem langjährigen Mitarbeiter Dr. Christoph Meißelbach aus, der auch die technische Durchführung überwachte. Viele der Ausführungen aus jenen Vorlesungen finden sich vertieft in einer 21-

Vorwort zur Neuausgabe

gen: „Insgesamt habe ich mich bemüht, jenes Buch vorzulegen, das ich als Student selbst gern gelesen hätte – oder wenigstens, zu meinem Besten, hätte lesen sollen“. Möge es weiterhin vielen Studierenden und denen, die sie lehren, als zielführender Wegweiser dienen!

Brüssel, im März 2023

Werner J. Patzelt

teiligen Reihe halbstündiger Interviews, die unter dem Titel ‚Politik im 21. Jahrhundert‘ im Sommer 2022 Robert Rauhut vom katholischen Sender EWTN mit mir führte. Sie sind nach erstmaliger Ausstrahlung über die folgende Mediathek aufrufbar: <https://vimeopro.com/ewtn/politik-im-einzundzwanzigsten-jahrhundert>.

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1: Was ist Politikwissenschaft?	11
I. Politik	11
II. Politikwissenschaft und politisches Alltagswissen	14
III. Wissenschaftliche Aussagen	18
IV. Wissenschaftliche Spielregeln	23
V. Forschungserschwerende Merkmale politischer Wirklichkeit	25
1. Komplexität politischer Wirklichkeit	25
2. Geschichtlichkeit politischer Wirklichkeit	26
3. Das ‚konkurrierende Selbstwissen‘ des Forschungsgegenstands	30
4. Die ‚Verbundenheit des Politikwissenschaftlers mit seinem Gegenstand‘	31
Kapitel 2: Politische Theorie und Ideengeschichte	37
I. Politische Theorie und Politikwissenschaft	37
II. Politische Ideengeschichte	38
1. Zum Stellenwert dieses Teilfaches	38
2. Weiße Flecken eurozentrischer Ideengeschichte	39
3. Anfänge europäischen politischen Denkens: die griechisch-römische Antike	41
4. Neue Impulse: Europas Prägung durch das Christentum	42
5. Ein neuer Akzent: Empirie vs. Ethik	48
6. Ein neuer Bezugsrahmen: der Staat	48
7. Neue Möglichkeiten für ‚gute Ordnung‘: Liberalismus, Demokratie, Utopie	49
8. Gegenwelten zum Liberalismus: Konservatismus, Sozialismus, Faschismus	52
9. Die Suche nach ‚neuen Synthesen‘	54
III. Ideengeschichte als Geschichte politischer Problemstellungen	56
1. Leitfragen und Methodik des ideengeschichtlichen Studiums	56
2. Was ist der Zweck von Politik, was ist politisch gut?	58
3. Wer soll regieren?	60
4. Wie soll regiert werden?	63
a. Die ‚richtige Staatsform‘	63
b. Die Rolle von Recht in der Politik	66
(1) Naturrecht in systematischer Perspektive	66
(2) Naturrecht in historischer Perspektive	66
(3) Rechtspositivismus	69
(4) Politisch funktionalisierte Gesetzlichkeit	70
(5) Rechtsstaatlichkeit	71
5. Wann darf man sich gegen politische Herrschaft auflehnen?	74

Inhaltsverzeichnis

IV.	Politisches Alltagsdenken und systematische politische Theorie	79
1.	Politisches Alltagsdenken	79
2.	Systematisches politisches Denken und politische Theorie	80
V.	Politikwissenschaftliche Theorie	82
VI.	Politische Philosophie	95
VII.	Erbe und Weiterführung: Politikwissenschaft und ihre Geschichte	97
Kapitel 3: Politische Systeme und Systemvergleich		111
I.	„Politische Systeme“ als politikwissenschaftliches Teilfach	111
II.	Grundlagen politikwissenschaftlicher Systemanalyse	112
1.	Das allgemeine Systemmodell und das „politische System“	112
2.	Systemelemente als Variablen	116
III.	Der Vergleich politischer Systeme	122
1.	Zweck und Missverständnisse des Systemvergleichs	122
2.	Logik und Methodik des Systemvergleichs	124
3.	Probleme und Grenzen von Vergleichbarkeit	128
IV.	Arten politischer Systeme	131
1.	Eine mehrdimensionale Typologie	131
2.	Wichtige Typen politischer Systeme	136
a.	Der liberale demokratische Verfassungsstaat	137
(1)	Was ist ein „liberaler demokratischer Verfassungsstaat“?	137
(2)	Arten von Regierungssystemen	139
(3)	Arten von Demokratie	142
b.	Die totalitäre Diktatur	147
c.	Formen autoritärer Herrschaft	152
V.	Der Wandel politischer Systeme	157
1.	Revolutionen und ihre Ursachen	158
a.	Revolutionsursachen	158
b.	Einflüsse auf den Gang der Entwicklung	162
c.	Die Auslösung der Revolution	165
d.	Phasen einer Revolution	166
2.	Nichtrevolutionäre Formen von Systemwandel	168
a.	Grundbegriffe und ihr Kontext	168
b.	Zwischen Diktatur und Demokratie	170
c.	Demokratieverfall	175
d.	Die Dynamik von Diktaturen	176
e.	Staatszerfall	178
VI.	Strukturierende Prinzipien politischer Systeme	182
1.	Lehren aus der Evolution politischer Systeme	182
a.	Sozialität und Xenophobie	182
b.	Der Wert von „Staatlichkeit“	184
c.	Möglichkeiten der Bändigung von Staatsmacht	186
(1)	Rechtsstaatlichkeit	186
(2)	Gewaltenteilung	191

(3) Demokratie	197
(4) Liberalismus	199
2. Grundkonzeptionen ‚guter Ordnung‘: Monismus vs. Pluralismus	200
a. Vorstellungen vom Gemeinwohl	200
b. Politikmonopol vs. Konfliktmodell mit Minimalkonsens und Mehrheitsprinzip	204
c. Konsequenzen für den Staatsaufbau	214
3. Föderalismus und vertikale Systemintegration	218
a. Geschichtliche Erscheinungsformen	218
b. Grundbegriffe zur Analyse föderaler Systemintegration	226
c. Strukturprinzipien föderaler Systemintegration	228
d. Vor- und Nachteile von Föderalismus	235
VII. Strukturen und Funktionen im politischen Prozess	237
1. Bürger, politische Kultur und politische Sozialisation	238
2. Politische Eliten und politische Rekrutierung	242
3. Interessengruppen	246
4. Parteien	254
5. Wahlen, Wahlsysteme, Wahlverhalten, Wahlkämpfe	267
6. Repräsentation und Parlamentarismus	274
a. Repräsentation	274
b. Parlamentarismus	280
c. Parlamentarische Strukturen	286
d. Opposition und ihre Alternativen	291
e. Parlamentsfunktionen	294
(1) Die Wahlfunktion, ausgeprägt als ‚Regierungsbildung‘	294
(2) Die Kontrollfunktion	297
(3) Die Gesetzgebungsfunktion	305
(4) Die Vernetzungs- und Kommunikationsfunktion (‚Repräsentationsfunktion‘)	310
7. Regierung und Verwaltung	314
a. Was ist Regierung?	314
b. Regierungsstrukturen	318
c. Prägefaktoren des Regierens	323
d. Regierungstechnik und Politikprogramme	327
e. Politikfeldanalyse	334
8. Massenmedien und soziale Medien	337
a. Die wirklichkeitskonstruktive Bedeutung von Medien	338
b. Politisch wichtige Merkmale von Medienwirklichkeit und Massenkommunikation	344
c. Medialisierung von Politik als Kontrollproblem	353
VIII. Forschungsfelder politikwissenschaftlicher Systemanalyse im Überblick	356

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 4: Internationale Beziehungen	369
I. Zentrale Fragestellungen und deren geschichtliche Prägefaktoren	369
1. Friedensstiftung	369
2. Einhegung von Gewalt	371
3. Die Entstehung der ‚Weltgesellschaft‘	376
4. Internationale und transnationale Strukturbildung	378
II. Untersuchungsgegenstände und Arbeitsgebiete	383
1. Akteure internationaler Beziehungen	384
2. Strukturen internationaler Beziehungen	391
3. Prozesse und Formen internationaler Politik	397
a. Prägefaktoren außenpolitischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse	398
b. Formen internationaler Politik	402
4. Die Arbeitsgebiete des Faches im Überblick	406
III. Großtheorien und ‚Schulen‘	409
1. Ein Überblick	409
2. (Neo-)Realismus	413
3. Institutionalismus und Liberalismus	417
4. (Sozial-)Konstruktivismus	421
5. Politisch-ökonomische Analyse	425
IV. Forschungsansätze	430
1. Grundsätzliches	430
2. Analyseebenen und Topik	431
a. Klärung der wichtigsten Untersuchungsebenen	433
b. Topische Analyse der wichtigsten Untersuchungsdimensionen	434
3. Konstellationsanalyse	437
Nachwort: Das Erlebnis politikwissenschaftlicher Kompetenz	443
Literaturverzeichnis	447
Stichwortregister	451
Personenregister	461

Kapitel 1: Was ist Politikwissenschaft?

Die Politikwissenschaft ist die Wissenschaft von der Politik. Bezeichnungen wie ‚Politische Wissenschaft‘ oder gar ‚Wissenschaftliche Politik‘ verunklaren das und sollten deshalb vermieden werden.¹ Fehlweisend ist auch der immer noch weit verbreitete Name ‚Politologie‘. Dieses Kunstwort wurde nach dem Vorbild von Bezeichnungen wie ‚Soziologie‘, ‚Geologie‘ oder ‚Psychologie‘ geprägt. Seinen griechischen Wortbestandteilen nach bezeichnet es die ‚-logie‘ vom ‚polites‘, d.h. die Wissenschaft vom *Bürger*. Somit als ‚Bürgerkunde‘ zu übersetzen, erfasst dieser Begriff nur einen Teil des Gegenstandsbereichs der Politikwissenschaft. Will man das Fach mit einem auf ‚-logie‘ endenden Wort bezeichnen, so wäre allein die – in den Niederlanden gebräuchte – Bezeichnung ‚Politikologie‘ korrekt. Sie ist aber unschön und unnötig, da ihr der deutsche Name ‚Politikwissenschaft‘ völlig entspricht.

I. Politik

Gegenstand der Politikwissenschaft ist die Politik. Das ist *jenes menschliche Handeln, das auf die Herstellung und Durchsetzung von allgemein verbindlichen Regelungen und Entscheidungen (d.h. von ‚allgemeiner Verbindlichkeit‘) in und zwischen Gruppen von Menschen abzielt.*²

Beim politischen Handeln wirken immer Macht, Ideologie, Normen und Kommunikation eng zusammen. *Macht* ist – so schon Max Weber (1864–1920) – die Chance, in einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, ganz gleich, worauf diese Chance beruht. Ausgeübt wird Macht freilich nicht nur als Durchsetzungsmacht, sondern auch als Verhinderungsmacht sowie als Prägung bereits jener Begriffe und Denkweisen, anhand welcher erörtert werden kann, was wohl durchgesetzt oder verhindert werden soll. *Ideologie* ist eine solche Vorstellung von der Beschaffenheit und Funktionsweise der zu gestaltenden (Operations-) Wirklichkeit, die mit deren Beschaffenheit oder Funktionsweise zwar nicht übereinstimmt,³ dem eigenen Handeln aber dennoch – oft sogar aggressiv-widerspruchsabweisend – als „Perzeptionswirklichkeit“ so zugrunde gelegt wird, als tue sie das. Ideologie ist politisch höchst folgenreich, denn wenn Menschen von einer bestimmten ‚Situationsdefinition‘ ausgehend handeln, dann sind die Folgen ihres Handelns selbst dann real, wenn die Situationsdefiniti-

1 Zu den Problemen alternativer Bezeichnungen der Politikwissenschaft siehe S.19 der 7. Aufl. meiner ‚Einführung in die Politikwissenschaft‘.

2 Als Diskussion alternativer Politikbegriffe und gründliche Erläuterung des hier verwendeten Politikbegriffs siehe S. 20–28 der 7. Aufl. meiner ‚Einführung in die Politikwissenschaft‘.

3 Wie unten gezeigt wird, besteht eine zentrale Aufgabe von Wissenschaft darin, unzutreffende Aussagen über die Wirklichkeit zu entdecken und durch besser mit ihr übereinstimmende Aussagen zu ersetzen.

on ganz unreal war.⁴ *Normen* sind einesteils formale und informale Regeln, die dem eigenen Handeln zugrunde gelegt werden und auf diese Weise zur Entstehung sowie Aufrechterhaltung von Rollen und Rollenstrukturen wie Organisationen oder Institutionen beitragen. Andernteils sind Normen jene Teile von gesellschaftlichen Wissensbeständen und Denkmustern, entlang welcher das Handeln anderer gedeutet und mit eigenem Handeln beantwortet wird. *Kommunikation* wiederum ist jener Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält (so Norbert Wiener, 1894–1964). Das gilt nicht nur für die persönliche Kommunikation, sondern ebenso für jene Kommunikation, die über Presse, Hörfunk, Fernsehen, Webseiten oder soziale Medien erfolgt. Diese vier als MINK-Schema⁵ leicht zusammenzudenkenden Begriffe erfassen somit wichtige Dimensionen aller Politik, die bei jeder Analyse politischer Sachverhalte oder Vorgänge sorgfältig zu erkunden sind.

Ebenso verhält es sich mit jenen vier Aufgaben, die jedes lebende System dauerhaft zu erfüllen hat. Leicht ist zu erkennen, dass sie sich gerade auch jenen Systemen stellen, die dem Bereich der Politik zugehören, etwa den Parteien, Parlamenten oder ganzen Staaten. Es geht stets um die Anpassung an jene immer wieder wechselnden Anforderungen, die aus den politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen oder natürlichen Umwelten an ein System gestellt werden; es geht um das übliche Bestreben, selbstgesetzte oder auferlegte Ziele zu erreichen; es geht darum, als Akteur den eigenen Zusammenhalt sowie die Kohärenz des eigenen Handelns zu wahren; und es geht um die Sicherung der Wirkungskraft und der Nachhaltigkeit jener kulturellen Muster und Wertleitungen, die das eigene Handeln prägen. Bezeichnet man diese Aufgaben – im Anschluss an Talcott Parsons (1902–1979) – mit den Buchstaben A für *adaptation*, G für *goal attainment*, I für *integration* und L für *latent pattern maintenance*, so lassen sich auch diese vier funktionalen Dimensionen von Politik als ‚AGIL-Schema‘ leicht im Gedächtnis behalten.⁶

Natürlich geht es bei der Herstellung und Durchsetzung allgemein verbindlicher Regeln und Entscheidungen immer um konkrete *Inhalte*, die wegen bestimmter Interessen, besonderer Aufgaben oder bevorzugter Problemlösungen allgemein verbindlich gemacht werden sollen. Das sind einesteils die Inhalte konkreter ‚Politikprogramme‘ (engl. ‚policies‘) samt deren Ergebnissen auf dem jeweils gestalteten ‚Politikfeld‘ (engl. ‚policy area‘). Andernteils handelt es sich um jene Interessen und Zwecksetzungen, Problemdefinitionen und Gestaltungsideen, Wertvorstellungen und Weltanschauungen, die

4 Das ist eine Formulierung des berühmten ‚Thomas-Theorems‘, benannt nach dem amerikanischen Soziologen W.I. Thomas (1863–1947).

5 Eine ausführliche Darstellung dessen, was die vier Grundbegriffe des MINK-Schemas konkret meinen, desgleichen ihrer praktischen analytischen Anwendung, findet sich auf S. 38–47 der 7. Aufl. meiner ‚Einführung in die Politikwissenschaft‘.

6 Zum AGIL-Schema und seiner Verwendung siehe ausführlich S. 51–54 der 7. Aufl. meiner ‚Einführung in die Politikwissenschaft‘.

solchen Politikprogrammen zugrunde liegen. Damit rücken auch jene Widersprüche und Konflikte ins Blickfeld der Politikwissenschaft, die zwischen verschiedenen Politikprogrammen und ihren Motiven oder Anliegen bestehen. Jene Handlungsprozesse wiederum, bei denen – angeleitet von vielerlei Motiven und Interessen – darum gerungen wird, bestimmte Inhalte anstelle anderer Inhalte allgemein verbindlich zu machen, heißen *politischer Prozess* (engl. ‚politics‘). Besonders wichtig sind jene *Willensbildungsprozesse*, in deren Verlauf geklärt wird, was genau allgemein verbindlich gemacht werden soll; sind solche *Entscheidungsprozesse*, bei denen entsprechende Beschlüsse gefasst und Regeln gesetzt werden; und sind die *Implementationsprozesse*, mittels welcher getroffene Entscheidungen in konkret wirkende Maßnahmen umgesetzt werden. Es ist klar, dass Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse sehr oft die Form eines *Konflikts* annehmen – und Implementationsprozesse stets dann, wenn sie den Widerstand von ‚Betroffenen‘ auslösen.

Offensichtlich läuft alles hier einschlägige formelle und informelle Handeln innerhalb oder seitens von Organisationen bzw. Institutionen ab. Diese werden ‚politische Strukturen‘ genannt (engl. ‚polity‘). Unmittelbar durch formale und informale Normen ausgestaltet und letzten Endes von jenen politischen Inhalten geprägt, die ihnen – wie etwa politische Werte – als Sinn, Zweck oder Leitidee zugrunde liegen, sind sie gleichsam das ‚Flussbett‘ politischer Prozesse. Strukturen können zwar grundsätzlich und vollständig, selten aber schon hier und jetzt tiefgreifend verändert werden.⁷ Deshalb liegt es nahe, dass man sie seitens der Politikwissenschaft oft wie ‚Naturtatsachen‘ behandelt, die schlicht ‚gegeben sind‘. Das trifft die zentrale Eigenschaft von politischen Strukturen aber gerade nicht. Sie sind nämlich – samt den sie tragenden Inhalten – *nur zeitweise stabile ‚Prozessprodukte‘*, hervorgebracht und aufrechterhalten, doch gegebenenfalls auch verändert oder zerstört; in vielerlei Ketten von aufeinander bezogenen Handlungen. Das aber heißt: Politische *Inhalte* und *Strukturen* bestehen gerade so lange, wie die sie hervorbringenden und sie aufrechterhaltenden – also ‚wirklichkeitskonstruktiven‘ – politischen Prozesse ihrerseits weiterlaufen.⁸

An unterschiedlichen Einschätzungen dessen, was einer Erhaltung wert wäre, oder welche Risiken mit welchen Veränderungen wirklichkeitskonstruktiver Prozesse einhergingen, entsteht immer wieder Streit zwischen ‚Konservativen‘ und ‚Progressiven‘. Das ist nicht erst seit der Französischen Revolution so, die für Europas politische Selbstverständigung und für die Themen noch der heutigen Politikwissenschaft überaus wichtig war. Denn schon zur Zeit

7 Beispielsweise kann man Behörden, Parteien, Parlamente und ganze Regierungssysteme durchaus völlig umgestalten, doch in der Regel nur langfristig und unter Ausnutzung günstiger Gelegenheiten, etwa anlässlich einer Revolution.

8 Zu den grundlegenden Einsichten des (Sozial-)Konstruktivismus, der diesem Buch insgesamt zugrunde liegt, siehe S. 47–51 sowie 479–483 der 7. Aufl. meiner ‚Einführung in die Politikwissenschaft‘.

Kapitel 1: Was ist Politikwissenschaft?

der römischen Republik entfaltete sich solcher Streit zwischen jenen, die an den ‚Sitten der Alten‘ – dem *mos maiorum* – festhalten wollten, sowie denen, die Lust auf Neuerungen hatten, also welche die *rerum novarum cupido* hegten. Und in der chinesischen Tradition begegnen wir solchem Streit in der Auseinandersetzung zwischen den auf soziale Harmonie ausgehenden Konfuzianern und ihren – oft dem autoritären Legalismus zuneigenden – Gegnern, die zum Zweck der Ausübung starker, willkürlicher Umgestaltungsmacht auf Befehl, Gehorsam und abschreckende Strafen setzten. Allein schon eine erste, knappe Entfaltung des Politikbegriffs führt somit in Kernbereiche politischen Streits und politikwissenschaftlicher Reflexion.

II. Politikwissenschaft und politisches Alltagswissen

Was aber ist ‚Wissenschaft‘?⁹ Bester Verständnisschlüssel ist es, sie als den Versuch einer Emanzipation ‚aus den Fesseln des gesunden Menschenverstandes‘ zu begreifen, d.h. als ein Bestreben, dort weiterzukommen, wo einen das eigene Alltagswissen sowie die geläufigen Alltagstheorien im Stich lassen.¹⁰ Deshalb gibt es auch keinerlei Bedarf an wissenschaftlichen Bemühungen, solange für eine Beschäftigung mit Politik die unmittelbar zugänglichen Informationen oder die Fähigkeiten des ‚gesunden Menschenverstandes‘ ausreichen. Es ist sogar peinlich, wenn mit viel Aufwand ein weiteres Mal herausgefunden und gar als Neuigkeit hingestellt wird, was ein jeder informierte politische Praktiker oder Beobachter schon längst wusste. Hingegen braucht es politikwissenschaftliche Arbeit sehr wohl in den folgenden Fällen:

- Man beschäftigt sich mit Sachverhalten, für die sich der ‚gesunde Menschenverstand‘ in der Regel nicht interessiert, etwa damit: ‚Welche Argumente sprechen für, welche gegen die Annahme, es gäbe vorstaatliche Menschenrechte?‘
- Es gibt ohne besondere Bemühungen einfach keine Informationen, um eine bestimmte Frage zu beantworten, z.B. die folgende: ‚Welche Stimmenanteile würden die einzelnen politischen Parteien bekommen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?‘
- Der ‚gesunde Menschenverstand‘ reicht nicht aus, um eine bestimmte Frage hier und jetzt zu beantworten, etwa diese: ‚Mit welcher Priorität

9 Ausführlich zum Folgenden siehe S. 69–147 der 7. Aufl. meiner ‚Einführung in die Politikwissenschaft‘.

10 Im Einzelnen gibt es drei Wege einer Emanzipation vom Alltagsdenken: jenen der *Wissenschaft*, der *Kunst* und der *Religion*. Typisch für misslingende Emanzipationsversuche ist das Verlangen, das Alltagsdenken *gleichzeitig* in alle drei Richtungen zu verlassen, etwa: mittels Wissenschaft religiöse Überzeugungen zu ‚untermauern‘, in der Wissenschaft einen Religionsersatz zu suchen, oder sich vom ästhetischen Eindruck eines Arguments so sehr bannen zu lassen, dass die Frage nach dessen Stimmigkeit und Begründetheit als kleingeistig gilt. All das kommt in politischen Diskursen immer wieder vor, weshalb Politikwissenschaftler sich umsichtig von solchen Fehlern fernhalten sollten.

Aufmerksamkeit des allergrößten Teils ihrer Akteure oder Adressaten erfüllt, heißen *latente* Funktionen.¹²

Nicht selten erfüllt in einem System A eine Struktur X dieselbe Funktion wie die Struktur Y für das System B. Dann nennt man die Funktionen X und Y ‚funktional äquivalent‘ bzw. bezeichnet man die eine Struktur als ein ‚funktionales Äquivalent‘¹³ der anderen Struktur. Ein Staatspräsident ist beispielsweise in seiner Rolle als Staatsoberhaupt einem König funktional äquivalent. Falls umgekehrt dieselbe Struktur verschiedene Funktionen erfüllt bzw. erfüllen kann, nennt man sie ‚multifunktional‘ bzw. spricht von der ‚Multifunktionalität‘ einer Struktur. Etwa dient eine Straße sowohl dem Verkehr als auch der Aufnahme von Versorgungsleitungen, oder es dient in Deutschland das Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs sowohl der Entlastung eines Ministers als auch der ‚politischen Austarierung‘ einer Regierung. Da einerseits *Funktionen oft zusammen mit jenen Strukturen entstehen*, welche diese Funktionen dann – mitunter sehr unerwartet – erfüllen, weil andererseits aber nicht selten auch bewusst zur Erfüllung erwünschter Funktionen *dafür dienliche Strukturen geschaffen* werden, sind Funktion und Struktur eng aufeinander bezogen. Strukturen begreift man deshalb am besten, indem man die Funktionen versteht, welche mit ihnen wuchsen bzw. derentwegen sie aufgebaut wurden. Indem man über die Strukturen und Funktionen einzelner (Sub- oder Supra-)Systeme hinaus auch noch deren wechselseitige bzw. hierarchische *Vernetzungen* betrachtet, also die *Regelkreisläufe* des jeweiligen Input und Output sowie die zwischen den Systemen entstehenden *Rückkopplungen*, führt man eine ‚Systemanalyse‘ durch.

Über die wenigen angegebenen Beispiele hinaus lässt sich diese abstrakte Perspektive des Systemdenkens auf Strukturgefüge *aller* Art anwenden, deshalb auch sozialwissenschaftlich *konkretisieren* und auf den Begriff des ‚sozialen Systems‘ bzw. ‚politischen Systems‘ zuspitzen.¹⁴ Das geschieht, indem man jene Strukturen und Prozesse aus ihren umbettenden Zusammenhängen heraushebt, in denen auf allgemein verbindliche Regeln und Entscheidungen über Inhalte hingewirkt bzw. um sie gerungen wird. Bei dieser Fokussierung des Blicks entstehen Begriffe wie ‚zentrales politisches Entscheidungssystem‘ bzw. ‚Regierungssystem‘, wozu etwa Regierungen, Parlamente und Parteiführungen gehören, oder Begriffe wie ‚intermediäres System‘ für Organisationen und Institutionen zur Vernetzung zwischen dem zentralen politischen Entscheidungssystem und einer Gesellschaft. Zu solchen gehören Parteien, Interessengruppen und sonstige zivilgesellschaftliche Organisationen, desglei-

12 Von lat. ‚latere‘, d.h. verborgen sein. Zwei Beispiele machen anschaulich, worum es geht: Parteistiftungen dienen latent als soziales Netz für aus ihren Ämtern ausscheidende Politiker, und deutsche Universitäten hatten lange Zeit die weitgehend verkannte Aufgabe, durch Aufnahme möglichst vieler Abiturienten die Jugendarbeitslosigkeit zu mindern.

13 Von lat. ‚aequum valere‘, d.h. das Gleiche wert sein.

14 Siehe hierzu S. 230–236 in der 7. Aufl. meiner ‚Einführung in die Politikwissenschaft‘.

Kapitel 3: Politische Systeme und Systemvergleich

chen die Medien, und zwar unabhängig davon, ob es sich um die ‚klassischen‘ Medien wie Presse, Hörfunk und Fernsehen handelt, oder um die neuen ‚sozialen Medien‘ bzw. insgesamt um die Vermittlungs- und Vernetzungsmöglichkeiten des Internets.

Es kann einem Regierungssystem gelingen, den für politische Systeme typischen Kreislauf – nämlich: Forderungen aus der Gesellschaft, Bearbeitung dieser Forderungen im Regierungssystem, Ablehnung von Forderungen oder deren Umsetzung in verbindliche Entscheidungen, Auswirkung solcher Entscheidungen in der Gesellschaft, gesellschaftliche Reaktionen hierauf ...) so zu gestalten und zu steuern, dass in der Gesellschaft eine *aus freien Stücken entgegengebrachte Unterstützung* des politischen Systems und seiner Institutionen wächst sowie erhalten bleibt. Dann ist ‚Legitimität‘¹⁵ geschaffen. Dieser Begriff meint die *Geltung von Herrschaft als rechtens*. Derlei liegt vor, wenn in einer Gesellschaft die ehrlich gehegte und aufrichtig bekundete Ansicht vorherrscht, das sie steuernde politische System bestehe zu Recht oder leiste Unterstützenswertes. Misslingen Legitimierungsprozesse, so kommt es zu Legitimationsproblemen bzw. Legitimitätslücken, auf welche ein politisches System entweder mit Reformen oder mit Repressionsmaßnahmen reagieren kann.

Legitime politische Systeme, die verlässliche Responsivität mit Offenheit für freie bürgerschaftliche Partizipation verbinden,¹⁶ sind in der Regel ziemlich stabil und haben gute Chancen darauf, zeitweise Funktionsstörungen ohne Gefahr für ihre Akzeptanz zu überstehen. Illegitime Systeme hingegen – also solche, deren Herrschaftsausübung nicht aus freien Stücken als rechtens und unterstützenswert angesehen wird, und in denen Legitimitätsglaube seitens der Regierten eher zur Schau gestellt als wirklich gehegt wird – geraten leicht in Existenzkrisen, die sich allenfalls dank des Einsatzes von Zwangsmitteln überdauern lassen, sobald ihre Output-Leistung sehr gering wird und Systemalternativen in Reichweite geraten.

2. Systemelemente als Variablen

Nur auf den ersten Blick gibt diese Beschreibung den politischen Kreislaufprozess in einer ‚westlichen Demokratie‘ wieder. Denn auf den zweiten Blick wird klar, dass man sämtliche Systemelemente und Systemprozesse als *Variablen* auffassen kann, die in der Wirklichkeit eben verschiedene Ausprägungen annehmen. So gehandhabt, dient das Systemmodell als ein jederzeit verfügbarer Schlüssel zum Verständnis sowohl der Funktionslogik politischer Systeme als auch der Aufgaben politikwissenschaftlicher Systemforschung.

15 Von lat. ‚legitimus‘, d.h. richtig, rechtmäßig.

16 Das wird meist auf den Begriff der ‚Input-Legitimität‘ gebracht. Wenn hingegen ein politisches System vor allem wegen seiner Ordnungs- und Verteilungsleistungen als legitim erachtet wird, spricht man von ‚Output-Legitimität‘.

Zunächst einmal können bereits jene *Gesellschaften*, für die ihre politischen Systeme allgemein verbindliche Regelungen und Entscheidungen herstellen bzw. durchsetzen, sehr verschieden sein. Daraus ergeben sich dann große Unterschiede hinsichtlich der Art und des Grades jener allgemeinen Verbindlichkeit, die ein politisches System für ‚seine‘ Gesellschaft zu produzieren hat. Eine Gesellschaft kann schon rein zahlenmäßig *größer oder kleiner* sein, wobei sie im letztgenannten Grenzfall vielleicht sogar ohne ein besonders ausgeprägtes politisches System auskommen mag, da innerfamiliäre Autoritätsstrukturen für die Herstellung allgemeiner Verbindlichkeit ausreichen können. Eine Gesellschaft kann auch *einfacher oder komplexer* aufgebaut sein, was dem politischen Subsystem dieser Gesellschaft ganz unterschiedlich anspruchsvolle Steuerungsaufgaben stellt und irgendwann die Herausbildung fester, überpersönlicher, auf Dauer gestellter politischer Strukturen vorteilhaft macht.

Auch können die *Art und Anzahl der gesellschaftlichen Subsysteme* sowie deren *gesellschaftliche Bedeutung* höchst unterschiedlich sein. Dies stellt dem jeweiligen politischen System dann ganz verschiedene Regelungsaufgaben und setzt seiner Tätigkeit mannigfaltige Rahmenbedingungen. Die folgenden Fragen zeigen, worum es geht: Welche sozialen und wirtschaftlichen Funktionen erfüllt die Institution der Familie bzw. des Familienverbandes? Gibt es – wie bei einer Gesellschaft des europäischen Mittelalters – im Wesentlichen nur landwirtschaftliche Betriebe und Handwerksbetriebe, oder gibt es – wie in einer modernen Gesellschaft – auch Großkonzerne und international tätige Unternehmen? Welche Rolle spielt Religion in einer Gesellschaft, und in welchem Verhältnis stehen die Institutionen ‚organisierter Religion‘ zu jenen des politischen Systems? Gibt es ein Netzwerk an Verbänden, über das die verschiedensten Interessen an das politische System herangetragen werden können? Gibt es Parteien, über welche Privatleute die Möglichkeit haben, Ämter im politischen System zu erlangen, bzw. auf welchen anderen Wegen gelangt man zu politischer Macht?

Stark unterscheiden können sich von Gesellschaft zu Gesellschaft ebenfalls die *Erwartungen an die Leistungen des politischen Systems* sowie die *Vorstellungen der Regierten vom ihnen zukommenden Platz* im politischen System. Etwa können es Menschen für selbstverständlich erachten, dass vom politischen System – als ‚Sozialstaat‘ oder ‚Daseinsvorsorgestaat‘ – ein großer Teil ihres Lebens materiell abgesichert wird. Darüber hinaus können sie ihre obersten politischen Führer – den Pharao als ‚lebenden Gott‘, den christlichen König als ‚Herrscher von Gottes Gnaden‘ – auch als verantwortlich für die Verankerung ihres Lebens in transzendenten Zusammenhängen ansehen. Und sie können ihre Rolle als die eines ‚treuen Untertans‘ einer ‚von Natur aus notwendigen Obrigkeit‘ auffassen. Menschen können das politische System aber auch als eine Art ‚Unternehmen‘ betrachten, das für sie Güter wie Schutz nach außen, Sicherheit im Inneren, Freiheit und verlässliche Rahmen-

Kapitel 3: Politische Systeme und Systemvergleich

dien, die zwischen Portugal und Estland gleichermaßen genutzt würden und dabei das Regieren auf europäischer Ebene ebenso informiert und kontinuierlich darstellten, wie das für die nationalstaatliche Ebene seitens der dortigen etablierten Medien selbstverständlich ist. Folglich adressieren die auf europäischer Ebene tätigen politischen Akteure zuallererst die eigenen *nationalen* Öffentlichkeiten, was die Entstehung eines ebenso integrierten Politikverbundes behindert, wie er etwa in Deutschland im Zusammenwirken von Bundespolitik und bundesweiten Massenmedien realisiert ist. Nur Interessengruppen sind auch auf europäischer Ebene schon schlagkräftig und höchst wirkungsvoll. Allerdings agieren sie so gut wie ohne Kontrolle ‚von außen‘, weil eine europäische Öffentlichkeit ebenso fehlt wie ein System von konkurrierenden europäischen Parteien, die – ebenso wie die in Brüssel tätigen Interessengruppen – Handlungskonzepte auf europäischer Ebene unterbreiteten.

Doch noch viel weniger entwickelt als auf europäischer Ebene sind intermediäre Strukturen in Bezug auf die Suprasysteme der *internationalen* Ebene. Dort stehen zwar den Internationalen Regierungsorganisationen (IGOs) überaus viele Internationale Nichtregierungsorganisationen (INGOs) gegenüber. Deren politischer Einfluss lässt sich aber noch viel schlechter als auf europäischer Ebene transparent machen oder gar kontrollieren. Eine wirklich ‚internationale Öffentlichkeit‘ fehlt nämlich so gut wie völlig, ein auf internationaler Ebene wirksames Parteiensystem erst recht. Das macht alle internationalen und globalen Ansätze föderativer Strukturbildung überaus fragmentarisch und lässt sie fern von jenen Leuten bleiben, auf welche sich die durch INGOs beeinflussten und von IGOs getroffenen politischen Entscheidungen doch auswirken. Globalisierung wird so als ein anonymer, zwar machtvoll die Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme umgestaltender, doch durch keinerlei wirkungsvolle Partizipationsstrukturen gesellschaftlich-politisch mitbeeinflussbarer Prozess wahrgenommen. Leicht gilt er dann weniger als eine Chance denn vielmehr als eine Bedrohung, was ‚Globalisierungsgegner‘ und ‚gute Demokraten‘ wie Gleichgesinnte wirken lässt. Tatsächlich gehen weit verbreiteten Vorbehalte und Aggressionen¹²¹ gegen die mit der Globalisierung entstehenden, ansatzweisen Föderalstrukturen auf internationaler Ebene zurück auf den nun wirklich zutreffenden Eindruck, es gäbe noch keine wirksame zivilgesellschaftlicher Teilhabe an der inter- und supranational geleisteten Herstellung weltweit verbindlicher Regelungen und Entscheidungen. Es ist einfach so, dass die *realen* Vernetzungsstrukturen der Weltgesellschaft inzwischen viel weiter gediehen sind als die *politischen* Steuerungsstrukturen der Weltgesellschaft, zumal viel weiter als die intermediären Strukturgeflechte vertikaler Systemintegration. Das alles führt zu *Legitimitätsmängeln* föderal angelegter Gebilde selbst dann, wenn diese sich –

121 Sie zeigen sich in den – mitunter in Straßenschlachten mündenden – Protesten anlässlich von Treffen der Welthandelsorganisation oder anderer IGOs.

wie ‚internationale Regime‘ – vom Status zwischenstaatlicher Zusammenarbeit noch kaum entfernt haben.

d. Vor- und Nachteile von Föderalismus

Weil die Entstehung und Entwicklung stabiler politischer Systeme sich meist einem glückhaften Zusammentreffen vieler zufallsgesteuerter Prozesse verdankt, gibt es keinerlei Gewähr dafür, dass die verfügbaren, in ihrer Wirksamkeit territorial begrenzten politischen Systeme je zum realen Zuschnitt der Probleme passen, die es zu lösen gilt. Weder kennen die Wirkungszusammenhänge der Luft- und Wasserverschmutzung nationale Grenzen, noch tun das die Ursachen und Folgen einer Veränderung des Weltklimas. Und wo die Grenzen von Staaten nun einmal nicht mit den Grenzen der Siedlungsgebiete von ethnischen Gruppen oder mit Sprachgrenzen zusammenfallen, dort bestehen ohnehin systemübergreifende Probleme, die sich durch Ignorieren allenfalls verdrängen, nicht aber lösen lassen. Vor allem aber haben geopolitisch geprägte Macht- oder Sicherheitsprobleme immer schon vorbeugend oder nachteilend zum allianzbildenden Zusammenwirken ansonsten getrennter politischer Systeme geführt. Also liegen die zentralen Vorteile eines gewissen Ausmaßes föderaler und vertikaler Systemintegration auf der Hand: Sehr viele Probleme lassen sich einfach nicht *innerhalb* politischer Systeme lösen, sondern nur durch deren *Zusammenwirken*, und eben dafür ist es sehr hilfreich, *gemeinsame* Steuerungsstrukturen auf einer überstaatlichen oder gesellschaftsübergreifenden *höheren Systemebene* zu schaffen.

Wo das gelingt und anschließend sogar funktionierender Föderalismus besteht, lassen sich die folgenden Vorteile genießen:

- Mit Föderalismus kann man auch solche Gesellschaften auf der Grundlage demokratischer Legitimität regieren, die – wie die Schweiz, Belgien oder Kanada – aus unterschiedlichen ethnischen Gruppen aufgebaut sind, die ihrerseits in recht geschlossenen Siedlungsgebieten leben. Anders als bei einer Streuung von Minderheiten über das ganze Staatsgebiet reichte unter solchen Umständen nämlich eine quotierte Gruppenrepräsentation auf Gesamtstaatsebene schwerlich aus, um die jeweiligen ethnischen Minderheiten ins Staatsganze zu integrieren. Und sehr große Staaten – wie die USA, Australien, Indien oder Russland – tun sich ohnehin leichter mit dem Aufbau wirkungsvoll integrierender Institutionen, wenn sie sich föderal organisieren.
- Durch föderale Strukturen lässt sich besonders leicht eine regional differenzierte Politik betreiben. Die aber ist gerade als Kultur- und Bildungspolitik höchst wünschenswert, wenn in einem Staat eine ethnisch oder kulturell heterogene Bevölkerung lebt. Föderalismus kann die staatlichen Integrationsmöglichkeiten also optimieren. Das gilt allerdings nur, wenn es entweder bereits ein traditionelles Zusammengehörigkeitsgefühl gibt, wie

das in Deutschland schon vor den Einigungsprozessen der Jahre 1870/71 und 1989/90 der Fall war, oder wenn sich sehr starke gemeinsame Interessen herausgebildet haben wie im europäischen Einigungsprozess nach dem Zweiten Weltkrieg.

- Ferner kann Föderalismus auch zur Optimierung staatlicher Führungsfunktionen beitragen. Einesteils kann sich die jeweils höhere politische Führungsebene im Sinne des Subsidiaritätsprinzips von Aufgaben befreien, die ‚nach unten‘ delegierbar sind, was sie regierungstechnisch entlastet. Andernteils führt die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen hin ‚vor Ort‘ vielfach zu sachgerechteren Entscheidungen und eröffnet, bei wirkungsvoller Kombination von Autonomie und Interdependenz der Subsysteme, dem Gesamtsystem erhebliche Steuerungsvorteile. Insbesondere dann, wenn ‚Wettbewerbsföderalismus‘ funktioniert, bieten sich gute Möglichkeiten ‚politischen Experimentierens‘. Da auf einzelne Gliedstaaten begrenzt, werden solche politischen Experimente, falls sie misslingen, nämlich keinen gesamtstaatsweiten Schaden anrichten, im Fall ihres Gelingens aber wirkungsvolle Anreize zur Nachahmung andernorts schaffen und so zur gesamtsystemischen Lernfähigkeit beitragen.
- Föderalismus, idealerweise ‚nach unten‘ vervollständigt durch praktizierte kommunale Selbstverwaltung, ist auch eine wirksame Form von vertikaler Gewaltenteilung und von antizentralistischer Freiheitssicherung. Insbesondere der Mischföderalismus führt außerdem zu wechselseitiger Abhängigkeit der staatlichen Ebenen, führt so die ‚dezisive Gewaltenteilung‘ weiter, und erzwingt Kooperation. Das ist die positive Kehrseite jener Probleme, die Mischföderalismus notwendigerweise nach sich zieht.
- Im Übrigen vermehrt ein mehrstufiger Staatsaufbau – von selbstverwalteten Gemeinden, Städten und Landkreisen über gliedstaatliche Länder bzw. autonome Provinzen hin bis zum Gesamtstaat – die innerhalb eines politischen Systems verfügbaren Ansatzpunkte politischer Partizipation. Es gibt dann nämlich mehr Mandate in Vertretungskörperschaften zu erringen, und Interessengruppen, Medien oder plebiszitäre Instrumente können mehr als nur eine einzige Regierungsebene politisch adressieren. Auch sind in föderalen Staaten die politischen Parteien gehalten, sich machtpolitisch wirksame Organisationsebenen zwischen der gesamtstaatlichen Führungsebene und den regionalen Parteilgliederungen zu schaffen. Damit wird, ausgehend vom binnenstaatlichem Föderalismus, auch die Infrastruktur von Demokratie ‚nach unten hin‘ verdichtet.

Für solche Vorteile muss natürlich bezahlt werden, nämlich durch die Inkaufnahme von Nachteilen. Deren wichtigste lassen sich so zusammenfassen:

- Föderalismus – als Form vertikaler *und* dezisiver Gewaltenteilung – macht ein Gesamtsystem reaktionsträge. Es steigt einfach die Zahl der einzubeziehenden Akteure und der zu berücksichtigenden Interessen; es resultiert

größerer Kompromiss- und darum auch Zeitbedarf; es steigen im politischen Prozess fast alle Transaktionskosten; und schlimmstenfalls kann das System auch ganz blockiert werden. Dann bleiben wünschenswerte Reformen stecken, werden nötige Anpassungen unterbunden, entstehen gar Sezessionswünsche und zerbricht vielleicht das ganze System. Statt Steuerungsoptimierung erntet man so Systemruin.

- Die gesamte Staatstätigkeit wird viel weniger übersichtlich. Seitens der Bürger verursacht das zunächst höhere Informationskosten, alsbald erhebliche Unsicherheit über die Lage und das Funktionieren des Systems, am Schluss vielleicht System- und Politikverdrossenheit. Letztere entsteht zumal dann, wenn sich tatsächliche Funktions- und Leistungsdefizite des Systems seiner Intransparenz hinzugesellen. Partizipatorische Vorteile bleiben dann ungenutzt.
- Seitens der politischen Akteure führt die Unübersichtlichkeit politischer Handlungsketten und realer Wirkungsstränge leicht zum Versickern von Verantwortung. Einesteils geschieht das, weil die Folgen sogar proaktiver Handlungen in tatsächlich unvorhersehbaren Prozessen entstehen. Andernteils ist es in einem föderativen System – und gerade unter den Bedingungen von Mischföderalismus – für die politische Akteure vergleichsweise leicht, die Öffentlichkeit über die eigene Rolle im Unklaren zu halten. Kann man politische Verantwortung aber nicht mehr klar lokalisieren oder einem politischen Akteur plausibel zuweisen, so entgleitet die Politikerschaft wirkungsvoller öffentlicher Kontrolle. Im Grunde entsteht in den unübersichtlichen Ecken und Nischen föderaler Strukturen auf diese Weise *legitimationsfreies Herrschaftshandeln*. Dieses mag zwar technokratisch wirkungsvoll und eine Zeit lang – zur Sicherung der Effizienz *neuer* Institutionen – auch akzeptabel sein. Doch es genügt keineswegs demokratischen Ansprüchen und führt schon mittelfristig zunächst zur Kritik, alsbald – über Verdrossenheit – zur offenen Ablehnung, und das wird schließlich sogar die Effizienz politischer Funktionserfüllung beeinträchtigen.

VII. Strukturen und Funktionen im politischen Prozess

Politikwissenschaftliche Systemanalyse untersucht nicht nur vergleichend die *Grundtypen* politischer Systeme oder deren jeweilige *Strukturprinzipien*. Ein Großteil politikwissenschaftlicher Forschung richtet sich vielmehr auch auf jene *konkreten politischen Strukturen* und deren *Funktionen*, die sich – in einer gegebenen historischen, kulturellen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder geographischen Situation – aus der Verwirklichung solcher Strukturprinzipien ergeben und deshalb einen bestimmten Typ eines politischen Systems konstituieren. Weil Politikwissenschaft meist in demokratischen Verfassungsstaaten betrieben wird, prägen die dortigen politischen Strukturen und Funktionen auch sehr stark die politikwissenschaftliche Forschung und

Kapitel 3: Politische Systeme und Systemvergleich

Lehre. Das muss allerdings selbst in *vergleichender* Perspektive kein grundsätzlicher Nachteil sein.

Demokratische Verfassungsstaaten sind nämlich die derzeit kompliziertesten politischen Systeme. Deshalb lässt sich aus einer Analyse ihrer gut funktionierenden Strukturen vorzüglich erschließen, was alles *gelingen* und *gewährleistet* werden muss, wenn autoritäre Herrschaftsformen zu demokratischer Verfassungsstaatlichkeit hin entwickelt oder schlecht funktionierende demokratische Verfassungsstaaten verbessert werden sollen. Derlei Einblicke verdeutlichen dann auch, dass letztlich nicht der Staatszerfall erklärungsbedürftig ist, sondern viel eher jedes Gelingen des Aufbaus und einer nachhaltigen Sicherung von Staatlichkeit.¹²²

1. Bürger, politische Kultur und politische Sozialisation

In einem demokratischen Verfassungsstaat darf sich der Bürger zwar grundsätzlich vom politischen Geschehen fernhalten. Derlei sollte man ihm auch nicht vorwerfen. Im freiheitlichen Staat ist politische Beteiligung nämlich ein Recht, keine Pflicht wie unter totalitärer Herrschaft. Doch auch ein freiheitliches System arbeitet nur dann halbwegs störungsfrei und stabil, wenn ein nicht zu geringer Teil seiner Bürgerinnen und Bürger es aktiv trägt, also die einer selbstbewussten Bürgerschaft zukommenden Funktionen auch wirklich erfüllt werden. Das fängt an mit der – vom persönlichen politischen Interesse geleiteten – Nutzung der Rechte auf Informationsfreiheit, Kommunikationsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit, setzt sich fort im selbstverständlichen Gebrauch des aktiven Wahlrechts, und mündet in nachhaltiger, hartnäckiger persönlicher Einmischung in politische Prozesse. Letztere beginnt mit politischen Diskussionen, die man privat, am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit führt, setzt sich fort in der Arbeit für Bürgerinitiativen, Interessenverbände und Parteien, und kann münden in die Nutzung des passiven Wahlrechts sowie in die Übernahme politischer Ämter auf der Ebene von Kommunen, Ländern oder des Gesamtstaates.

Trotz der Entstehung des politischen Systems als Form gesellschaftlicher *Arbeitsteilung* ist die Bürgerschaft keineswegs nur der ‚Auftraggeber‘ von Politik oder die ‚Kundschaft‘ ihrer Politikerschaft, sondern *auch selbst* ein wichtiges Element des politischen Systems. Dieses besteht nämlich nicht nur aus ‚harten‘ Strukturelementen wie den politischen Organisationen und Institutionen, sondern auch aus jenen Vorstellungen, Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürgerschaft, anhand welcher die Bürger ihr politisches System beurteilen oder benutzen, und welche die Politikerschaft zumindest in Rechnung stellen muss. Letzteres gilt umso mehr, als sich die politischen

122 Zu weiteren Einsichten eines gerade vom demokratischen Verfassungsstaat ausgehenden Systemvergleichs siehe S. 355f der 7. Aufl. meiner ‚Einführung in die Politikwissenschaft‘.

Vorstellungen und Einstellungen der Bürger – zumal in Gestalt von öffentlicher Meinung und von Wahlentscheidungen bzw. Abstimmungen – immer wieder unmittelbar in politische Macht ummünzen.

Alle jene ‚weichen‘ Strukturelemente eines politischen Systems bezeichnet man zusammenfassend als dessen ‚politische Kultur‘. Im Einzelnen werden unter diesem zusammenfassenden Begriff verstanden ...

- die in einer Gesellschaft vorhandenen *Vorstellungen* über Politik, d.h. die – sehr unterschiedlich verursachten, geprägten und verteilten – Wissensbestände bzw. Vermutungen der Bürger über politische Inhalte, Prozesse, Strukturen und Akteure;
- die in einer Gesellschaft vorhandenen *Einstellungen* zu politischen Inhalten, Prozessen, Strukturen und Akteuren, d.h. jene – ebenfalls sehr unterschiedlich verursachten, geprägten und verteilten – politischen Werte, Ziele und Tabus, sowie jene Zufriedenheit und Vertrauensbereitschaft oder Verdrossenheit und Ablehnung, die sich auf politische Inhalte, Prozesse, Strukturen und Akteure richten;
- die in einer Gesellschaft praktizierten politisch wichtigen *Verhaltensweisen*, etwa die Arten und Grade politischer Partizipation, zumal von politischer Unterstützung und politischem Protest; im Einzelnen: die Formen des politischen Informationsverhaltens, Kommunikationsverhaltens und Engagements im gesellschaftlichen, vopolitischen und politischen Bereich. Dies alles ist in einer Gesellschaft sozial und regional, biographisch und ethnisch sehr unterschiedlich verursacht, geprägt und verteilt.

Während die ersten beiden Definitionselemente – politische Vorstellungen und Einstellungen – in der Politikwissenschaft regelmäßig unter den Begriff der politischen Kultur gezogen werden, fehlt mitunter das dritte Element, welches auch die politischen Verhaltensweisen einschließt. Entsprechend kann man zwischen einem ‚engeren‘ und einem ‚weiteren‘ Begriff politischer Kultur unterscheiden. Der erste wird dann benutzt, wenn man politisches Verhalten als *abhängige Variable* anhand von politischer Kultur erklären will, letztere dann eben verstanden als Menge politisch relevanter Vorstellungen und Einstellungen. Der zweite, viel weitere Begriff politischer Kultur ist hilfreich, wenn man insgesamt die *Praktiken der (Re-)Konstruktion politischer Wirklichkeit* als abhängige Variable betrachtet.

Ferner ist es hilfreich, an politischer Kultur *im engeren Sinn* zwei Ebenen zu unterscheiden. Als politische ‚Soziokultur‘ bezeichnet man dann, was sich der ‚normale Bürger‘ im Hinblick auf Politik vorstellt, oder wie der ‚Durchschnitt der Gesellschaft‘ politische Inhalte, Prozesse, Strukturen und Akteure beurteilt. Politische ‚Deutungskultur‘ meint hingegen die politischen Vorstellungen und Urteile gesellschaftlicher Deutungseliten, d.h. von populären Journalisten, Schriftstellern, Wissenschaftlern oder Politikern, also von

- *Systemübergreifende Politikfeldanalysen*, etwa: ‚Bevölkerungspolitik in Lateinamerika‘, ‚Sozialpolitik in Industriegesellschaften‘, ‚Innere Sicherheitspolitik autoritärer Regime‘
- *Querschnittsanalysen im Sinn der Unterdisziplinen* des Teilfachs ‚Politische Systeme‘, etwa: ‚Politische Willensbildung in Osteuropa‘, ‚Parteien in Erziehungsdiktaturen‘, oder ‚Politische Sozialisation in scheiternden Staaten‘.

Bildet man die Gruppen der gemeinsam untersuchten politischen Systeme nach *geographischen* Gesichtspunkten, so spricht man von ‚Regionalstudien‘ (‚area studies‘). Dabei gewonnene Ergebnisse sind besonders nützlich für die Politikberatung und für die politische Bildungsarbeit, desgleichen als Grundlagenmaterial der vergleichenden Systemforschung. In diese geht die Untersuchung von Systemgruppen ohnehin über, sobald die Gruppenbildung nach *typologischen* Gesichtspunkten vorgenommen wird, etwa bei der vergleichenden Diktatur- oder Demokratieforschung. Als weiteres Einteilungsmerkmal kann die Zielsetzung der vorgenommenen Untersuchungen dienen: Soll durch Betrachtung verschiedener politischer Systeme allgemeineres *Zusammenhangs- und Erklärungswissen* erarbeitet werden, so liegt vergleichende Systemforschung vor; und von der sind dann vergleichende *Beschreibungen* mehrerer politischer Systeme bzw. *parallele Einzelfallstudien* abzuheben.

Allzu selten führt man Forschungen im Teilfach ‚Politische Systeme‘ überdies in *historischer Perspektive* durch. Doch auch englischer Parlamentarismus der Gegenwart erschließt sich sehr gut, wenn man die Wege seiner geschichtlichen Herausrprägung kennt; dem Verständnis von Sozialpolitik ist es förderlich, wenn man ihre derzeitigen Gestaltungsaufgaben als zeitspezifische Ausprägungen recht alter Probleme betrachtet; bei Regionalstudien müssen die oft gemeinsamen geschichtlichen Wurzeln derzeit getrennter politischer Systeme beachtet werden; und bei der Analyse von typologisch zusammengestellten Systemgruppen erweisen sich ihre unterschiedlichen historischen Voraussetzungen oft als sehr wichtige Schlüssel zum Systemverständnis. So zeigt sich die Geschichtswissenschaft sehr wichtiges Nachbarfach bzw. als unverzichtbare Hilfsdisziplin des Teilfachs ‚Politische Systeme‘. Gute Kenntnisse zumindest der Neueren Geschichte und der Zeitgeschichte sollte ohnehin ein jeder Politikwissenschaftler besitzen.

Kontrollfragen:

(1) Grundlagen

- Worum geht es im Teilfach ‚Politische Systeme‘?
- Was versteht man in der Politikwissenschaft unter einem ‚System‘; was unter einem ‚Staat‘?
- Wie wirkt ein System mit seiner Umwelt zusammen?

Kapitel 3: Politische Systeme und Systemvergleich

- Was versteht man bei einer Systemanalyse unter den Begriffen ‚Funktion‘ und ‚funktionelles Äquivalent‘, und welche Arten von Funktionen unterscheidet man dabei?
- Welche Vielfalt von politischen Systemen erkennt man, wenn man die Elemente eines politischen Systems als Variablen auffasst sowie sich deren Spannweite anhand von Beispielen aus Gegenwart und Vergangenheit vor Augen führt?
- Was sind die wichtigsten Spielregeln, nach denen man politische Systeme ausgestalten kann, und welche Bandbreite von politischen Systemen entsteht abhängig davon, wie man diese jene Spielregeln konkret ausgestaltet?
- Was sind die wichtigsten Forschungsfelder politikwissenschaftlicher Systemanalyse?

(2) Vergleichende Systemforschung

- Was ist der Zweck von Systemvergleichen?
- Was ist der Unterschied zwischen ‚Vergleichbarkeit‘ und ‚Ähnlichkeit‘?
- Welche Arten von Ähnlichkeit gibt es?
- Wie hängt bei Systemvergleichen die Fragestellung mit einesteils den Vergleichskategorien, andernteils den Vergleichsfällen zusammen?
- Wie führt man einen Systemvergleich konkret durch?
- Was meint bei Systemvergleichen ‚Konkordanzanalyse‘ im Unterschied zu ‚Differenzanalyse‘, und was ist der Zweck des jeweiligen Vergleichsansatzes?
- Welche Grenzen von Vergleichbarkeit gibt es?

(3) Arten politischer Systeme und ihres Wandels

- Nach welchen Gesichtspunkten kann man politischen Systeme typologisch gliedern? Welche Grundformen von politischen Systemen lassen sich dann unterscheiden?
- Was ist ein ‚liberaler demokratischer Verfassungsstaat‘?
- Was ist ein ‚Regierungssystem‘?
- In welchen Zusammenhängen entstanden das präsidentielle, das parlamentarische und das ‚semi-präsidentielle‘ bzw. ‚semi-parlamentarische‘ Regierungssystem, und in welchen Zusammenhängen kommt es zu ‚Konkordanzsystemen‘? Welche jeweils besonderen Eigentümlichkeiten weisen diese Typen von Regierungssystemen auf?
- Was versteht man unter ‚Demokratie‘, und welche Arten von Demokratien werden üblicherweise unterschieden?
- Was sind die wichtigsten Formen und Eigentümlichkeiten von plebiszitären Instrumenten?

- Was ist eine ‚totalitäre Diktatur‘? Wie entsteht sie? Welche Entwicklungswege nimmt sie üblicherweise?
- Was ist eine ‚autoritäre Diktatur‘?
- Nach welchen Gesichtspunkten kann man autoritäre Diktaturen typologisch gliedern? Welche Grundformen von autoritären Diktaturen lassen sich dann unterscheiden?
- Warum sind autoritäre Diktaturen so häufig?
- Was ist eine Revolution? Unter welchen Bedingungen kommt es typischerweise zu ihr, und welche Entwicklungswege nehmen Revolutionen üblicherweise?
- Was versteht man – im Unterschied zu einer Revolution – unter ‚Regimewechsel‘ bzw. ‚Transition‘?
- Welche Übergangsformen gibt es zwischen ‚Diktatur‘ und ‚Demokratie‘?
- Was sind die typischen Formen ‚defekter Demokratien‘?
- Was versteht man unter ‚Staatszerfall‘, und wie kommt es zu ihm?

(4) Ziele und Spielregeln von Politik

- Was ist der Wert von ‚Staatlichkeit‘?
- Wie wirken bei der Entstehung von Staatlichkeit ‚Sozialität‘ und ‚Xenophobie‘ zusammen?
- Was meint ‚Legitimität‘?
- Was meint ‚Souveränität‘?
- Was meint ‚Gewaltenteilung‘, und welche Formen von Gewaltenteilung unterscheidet man?
- Was hat ‚temporale Gewaltenteilung‘ mit Demokratie zu tun?
- Was meint ‚Liberalismus‘?
- Was ist ein Rechtsstaat, und wodurch unterscheidet sich ein ‚formaler‘ Rechtsstaat von einem ‚materiellen‘ Rechtsstaat?
- Was meint der Unterschied zwischen ‚Gemeinwohl a priori‘ und ‚Gemeinwohl a posteriori‘, und weshalb ist dieser Unterschied wichtig?
- Warum kann man politischen Streit befürworten?
- Was versteht man unter ‚Minimalkonsens‘, und in welchen Zusammenhängen ist er wichtig?
- Was sind die Leitgedanken des Mehrheitsprinzips, und in welchen Zusammenhängen sind sie wichtig?
- Was meint ‚Monismus‘, und was – im Unterschied dazu – ‚Pluralismus‘?
- Welche Folgerungen für die Bürgerrolle und für den Staatsaufbau ergeben sich aus einer monistischen Politikvorstellung, welche aus einer pluralistischen Politikvorstellung?

Kapitel 3: Politische Systeme und Systemvergleich

(5) Bestandteile von – und wichtige Prozessabläufe in – politischen Systemen

- Was meint ‚Föderalismus‘, und welche Formen nimmt er in der Praxis an?
- Was sind die Vorzüge, was die Nachteile von Föderalismus?
- Was meint ‚politische Kultur‘, und welche Ausformungen politischer Kultur werden unterschieden?
- Was meint ‚politische Sozialisation‘?
- Was meint ‚politische Rekrutierung‘, und was sind ihre wichtigsten Prägefaktoren?
- Was versteht man unter ‚Eliten‘, und warum sind welche Arten von Eliten wichtig?
- Was sind Interessengruppen/NGOs? Welche Arten von ihnen gibt es? Welche Funktionen erfüllen sie? Was ist an ihrem Wirken lobenswert, was kritikwürdig?
- Was sind Parteien? In welchen Zusammenhängen entstanden sie? Welche Arten von ihnen gibt es, und geprägt wodurch? Welche Funktionen erfüllen sie?
- Welche Funktionen erfüllen Wahlen?
- Welche Formen von Wahlsystemen gibt es, und wie hängen sie einerseits mit der politischen Kultur eines Landes, andererseits mit dessen Parteiensystem zusammen?
- Nach welchen Gesichtspunkten kann man Wahlsysteme beurteilen?
- Was alles prägt das Wahlverhalten?
- Was sind die Aufgaben und wichtigsten Mittel der Wahlkampf-führung?
- Was meint (politische) ‚Repräsentation‘? Was meinen insbesondere die Begriffe der formalen, symbolischen, deskriptiven und interaktiven Repräsentation?
- Was meint ‚Parlamentarismus‘? Wie hat er sich seit wann entwickelt?
- Welche Formen von Parlamentarismus unterscheidet man?
- Welche Funktionen erfüllen Parlamente?
- Wie sieht der Gesamtprozess parlamentarischer Regierungsbildung aus?
- Welche Formen und Instrumente parlamentarischer Regierungskontrolle unterscheidet man?
- Wie verläuft in Abhängigkeit von welchen Rahmenbedingungen der Prozess der Gesetzgebung?
- Was versteht man unter der ‚parlamentarischen Repräsentationsfunktion‘?
- Auf welche Weise kann sich ein Parlament mit der Gesellschaft vernetzen? Wodurch entstehen gegebenenfalls parlamentarische Repräsentationslücken?

- Aus welchen Strukturen besteht typischerweise ein Parlament, und welche Eigentümlichkeiten nehmen diese in Abhängigkeit von welchen Umständen an?
- Was ist Opposition, im Unterschied etwa zu ‚Extremismus‘ oder ‚Widerstand‘? Welche Formen nimmt oppositionelles Verhalten an?
- Welche Funktionen erfüllt die Opposition teils im Parlament, teils außerhalb des Parlaments?
- Was versteht man unter ‚Regierung‘?
- Wie sind Regierungen in Abhängigkeit von welchen Rahmenbedingungen aufgebaut?
- Von welchen Faktoren wird geprägt, wie der Regierungsprozess jeweils abläuft?
- Was meint ‚Regierungstechnik‘?
- Was versteht man unter einem ‚Politikzyklus‘, und welche politischen Aufgaben gilt es während dessen Vollzug durch Regierungstechnik zu lösen?
- Was versteht man unter einer ‚Politikfeldanalyse‘, und wie geht man politikwissenschaftlich bei ihr vor?
- Warum sind Massenmedien und sozialen Medien wichtig?
- Wie lässt sich die wirklichkeitskonstruktive Rolle von Massenmedien und sozialen Medien beschreiben?
- Wie haben sich politische Prozesse unter dem Einfluss jeweils neuer Medien verändert (Print, Hörfunk, Fernsehen, Internet ...)?
- Was sind die politisch wichtigsten Merkmale von Massenmedien und sozialen Medien?
- Was versteht man unter einer Schweige- bzw. Redespirale, und weshalb sind solche Erscheinungen politisch wichtig?
- Was versteht man unter der ‚Medialisierung‘ von Politik, und was ist daran womöglich problematisch?

Empfehlungen für weiterführende und vertiefende Lektüre:

- Bergem, Wolfgang/Diehl, Paula/Lietzmann, Hans (Hrsg.) (2019): Politische Kulturforschung reloaded. Neue Theorien, Methoden und Ergebnisse. Bielefeld: transcript Verlag.
- Beyme, Klaus von (1980): Interessengruppen in der Demokratie. 5., völlig umgearb. Aufl., überarb. Neuausgabe, München: Piper.
- Croissant, Aurel/Merkel, Wolfgang (2006): Defekte Demokratie 2 – Regionalanalysen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Derichs, Claudia/Heberer, Thomas (Hrsg.) (2006): Wahlsysteme und Wahltypen. Politische Systeme und regionale Kontexte im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kapitel 3: Politische Systeme und Systemvergleich

- Detterbeck, Klaus (2011): Parteien und Parteiensystem. Konstanz: UVK Verlag, Stuttgart UTB GmbH.
- Feld, Lars P./Köhler, Ekkehard A./Schnellenbach, Jan (Hrsg.) (2016): Föderalismus und Subsidiarität. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Fraenkel, Ernst (2011): Deutschland und die westlichen Demokratien. 9., erw. Aufl., Baden-Baden: Nomos.
- Johnson, Chalmers (1971): Revolutionstheorie. Köln u.a.: Kiepenheuer & Witsch.
- Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden: Springer VS.
- Kreiner, Maria (2013): Demokratie als Idee. Eine Einführung. Konstanz u.a.: UVK Verlag.
- Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.) (2014): Politische Systeme im Vergleich. Formale und informelle Institutionen im politischen Prozess. München: de Gruyter (online-Ausgabe).
- Leisner, Walter (2018): Föderalismus. Begründung – Bedeutung – Wirkung. Berlin: Duncker & Humblot.
- Linz, Juan (2009): Totalitäre und autoritäre Regime. 3., überarb. u. erw. Aufl., Potsdam: WeltTrends.
- Mergel, Thomas (2022): Staat und Staatlichkeit in der europäischen Moderne. Göttingen: UTB, Vandenhoeck & Ruprecht.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Eicher, Claudia/Thiery, Peter (2003): Defekte Demokratie 1 – Theorie. Wiesbaden: Springer.
- Merkel, Wolfgang/Ritzi, Claudia (2017): Die Legitimität direkter Demokratie. Wie demokratisch sind Volksabstimmungen?. Wiesbaden: Springer VS.
- Oberreuter, Heinrich (1980): Pluralismus. Grundlegung und Diskussion. Opladen: Leske + Budrich.
- Patzelt, Werner J. (2020): Parlamentarismusforschung. Einführung. Baden-Baden: Nomos.
- Rhomberg, Markus (2009): Politische Kommunikation. Eine Einführung für Politikwissenschaftler. Stuttgart: UTB GmbH, Paderborn: Fink.
- Riklin, Alois (2006): Machtteilung. Geschichte der Mischverfassung. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Schiffers, Maximilian (2019): Lobbyisten am runden Tisch. Einflussmuster in Koordinierungsgremien von Regierungen und Interessengruppen. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Schmid, Josef/Buhr, Daniel (2006): Wirtschaftspolitik für Politologen. Paderborn u.a.: Verlag Ferdinand Schöningh.

- Schwan, Alexander (1992): Ethos der Demokratie. Normative Grundlagen des freiheitlichen Pluralismus. Paderborn u.a.: Verlag Ferdinand Schöningh.
- Weigl, Michael/Klink, Jule (2021): Parteien. Unverzichtbar – überholt? Eine problemorientierte Einführung. Paderborn: UTB GmbH, Brill/Fink.
- Winter, Thomas von/Blumenthal, Julia von (2014): Interessengruppen und Parlamente. Wiesbaden: Springer VS.

346–348, 350–352, 354–357, 365, 384,
388, 392, 408, 442
Mehrheitsmechanismus 211–213
Merkmalsraum 131, 133, 134, 136, 153,
205, 405, 436
Messen 124, 181, 297, 299, 415
Meta-Aussage, Meta-Ebene 24
Methoden 17, 23, 24, 34, 35, 95, 96, 98,
103, 104, 106, 125, 133, 150, 177, 190,
365, 393, 430, 431, 442
Methoden der Datenanalyse 23, 34, 125
Methoden der Datenerhebung 23, 34
Minimalkonsens 52, 204, 206, 207, 215,
216, 363, 402
MINK-Schema 12, 434, 435, 437
Modell 87, 103, 125, 126, 132, 380, 385,
435, 436
Monarchie 60, 61, 131, 140, 141, 155, 283,
284, 317
Monarchisches Prinzip 285
Monismus 200, 205, 214, 216–218, 246,
363

N

Narrativ 80, 339
Nation 224, 227, 282, 371, 379, 381
Nationalismus, nationalistisch 17, 53, 186,
187, 374, 375, 377, 378, 418, 428
Nationalsozialismus, nationalsozialis-
tisch 51, 54, 55, 70, 71, 73, 82, 104, 105,
123, 136, 147, 188, 375, 380, 394, 410
naturalistischer Fehlschluss 22
Naturrecht 43, 46, 49, 61, 63, 66, 69–73,
77, 108, 188, 189, 419
Netzwerk 81, 92, 117, 194, 219, 249, 254,
263, 273, 279, 310, 311, 331, 333, 334,
384, 416, 420
Neue Politische Ökonomie 93, 430
NGO (siehe auch Interessengruppe) 358,
382, 384
Nische 92, 113, 237, 349
Nomothetik, nomothetisch 27
Norm, Normen 11–13, 33, 63, 71, 73, 90,
133, 137, 159, 163, 175, 188–190, 241, 272,
301, 348, 349, 367, 370, 371, 385, 401,
406, 415, 417, 422, 434, 436, 438, 439,
444
normative Brauchbarkeit 21, 22, 34, 51, 82

O

Obrigkeitsstaat 138, 153, 157, 300, 301, 327
ökologischer Fehlschluss 16
Ökologismus 82, 108, 419
Operationalisierung 17
Operationalisierung 17
Operationswirklichkeit 17, 201, 334,
338–341, 344, 345, 348, 349, 356, 439
Opposition 21, 75, 76, 107, 122, 133, 140,
146, 171, 194, 203, 208, 233, 250, 256,
257, 262, 287, 288, 291–293, 297–301,
303, 304, 306–308, 310, 322, 326, 330,
333, 365
Organisation 12, 13, 30, 33, 84, 91, 94,
112, 115, 119, 121, 122, 132, 138, 160,
166, 174, 183, 186, 197, 209, 215, 218,
225, 230, 236, 238, 242, 247–249, 251,
253, 255–258, 263, 267, 280, 281, 311,
315, 316, 319, 332, 334, 358–360, 377,
380–382, 384, 387, 390, 397–399, 402,
404, 407, 414, 416, 432
Outcome 113, 118
Output 113, 115, 116, 118, 119, 430

P

Parlament 12, 13, 26, 47, 55, 61, 62, 71,
87, 89, 112, 115, 118, 121, 126, 128, 132,
139–145, 160, 161, 163, 171, 173, 187, 188,
192, 194, 197, 199, 209, 231–233, 249,
255–257, 262–264, 268, 270, 274–291,
294, 296–298, 300, 302–314, 317–320,
322, 329, 331, 335, 343, 348, 349,
359–361, 364–367, 386, 388, 398, 422
Partei 12–14, 20, 21, 28, 50, 53, 54, 62, 71,
77–79, 81, 85, 87, 90, 94, 112, 114, 115,
117–119, 121, 122, 124, 128, 132, 134, 138,
140, 142–144, 147, 149, 153, 154, 160,
161, 163, 175, 176, 198, 202–204, 209,
214, 215, 217, 221, 227, 228, 231–234,
236, 238, 242, 247, 249–251, 254–274,
279–281, 284, 288, 291, 292, 294–296,
298–300, 304, 306, 309–312, 315, 317,
318, 320, 322, 323, 325, 326, 328–330,
335, 338, 342, 346, 348, 349, 355, 356,
359, 361, 364, 366, 367, 380, 386, 388,
389, 398, 399, 432, 444
Partizipation 111, 116, 135, 139, 153, 154,
157, 177, 197, 236, 239, 357
Perspektivität 17, 24, 25

Stichwortregister

- Perzeption 11, 16, 17, 201, 331, 334, 336, 339, 340, 343, 345, 349, 385, 386, 400, 424, 436, 439
- Perzeptionswirklichkeit 11, 17, 201, 334, 339, 340, 343, 345, 349
- Pfadabhängigkeit 29, 438
- Philosophie 37, 58, 67, 94–97, 99, 107, 108, 112, 372, 383, 409
- Plebiszit, plebiszitär 142, 173
- plebiszitäre Instrumente 64, 145, 236, 268, 292
- Plenum 286–291, 303, 304, 307–309
- Pluralismus 55, 81, 121, 132, 133, 159, 175, 180, 181, 192, 198, 200, 206, 208, 214, 215, 217, 246, 252, 253, 326, 342, 343, 356, 363, 366, 367, 401
- Pluralismustheorie 89, 90
- Politik 11, 12, 14, 15, 24, 27, 28, 30, 33, 38, 41, 43–45, 48, 53, 56, 58–60, 63–67, 71, 74, 75, 79, 80, 83, 90, 93, 94, 96–100, 102–106, 108, 111, 124, 135, 148, 151–154, 157, 159–161, 163–165, 178, 181, 184, 187, 190, 197, 200–202, 204–206, 209, 212–217, 231–233, 235, 238–246, 250, 252, 253, 261, 265, 266, 268, 273, 280, 291, 292, 295, 300, 302, 305, 307, 311–313, 317, 319, 324, 328, 330, 331, 334–343, 345–351, 353–355, 357, 359, 363, 365, 370, 371, 374, 376–378, 383–386, 388–390, 393–395, 397–416, 418–421, 424, 425, 427, 429, 431, 436, 439, 441, 442, 444, 445
- Politikberatung 357, 361, 407, 408
- Politikfeld 12, 92, 146, 171, 232, 250, 273, 280, 289, 290, 298, 309, 311, 331, 333–336, 345, 357, 360, 361, 365, 376, 387, 389, 396, 398, 408, 421, 437
- Politikfeldanalyse 92, 334–336, 357, 360, 361, 365, 398, 408, 437
- Politikzyklus 329, 336, 365
- politische Bildung 105, 241, 344, 356, 357, 407, 408
- politische Führung 71, 144, 158, 214, 216, 236, 250, 254, 262, 264, 266, 279, 314, 315, 333, 385
- politische Korrektheit 135, 240
- politischer Prozess, politische Prozesse 13, 33, 82, 91, 93, 95, 103, 111, 120, 121, 145, 146, 193, 197, 203, 231–233, 237, 238, 240, 243, 249, 250, 252, 254, 268, 274, 279, 311, 332, 335, 338, 347, 353, 357–360, 365, 366, 398, 429, 438
- Populismus, populistisch 139, 160, 175, 261, 263, 266, 280, 293, 312, 313, 325, 350, 358, 399
- Positivismus 69–71, 73, 188, 202
- Primärforschung 23
- Prognose, Vorhersage 21, 22, 28–30, 32, 86, 129, 334, 359, 383, 406

R

- Radikalismus, radikal 216
- Rational Choice-Ansätze 84–89, 93, 272, 417
- Realtyp 131, 133, 134
- Recht 46, 49, 63, 66–75, 98, 108, 116, 121–123, 138, 165, 175, 180, 187–193, 197, 205, 208, 210, 221, 228, 230, 238, 240, 246, 251–253, 256, 262, 283, 300, 305, 312, 315, 319–321, 371–374, 382, 385, 386, 390, 399, 413, 424, 443
- positives 66, 69–73, 108, 188
- Rechtspositivismus 66, 69, 70, 73, 240
- Rechtsstaat, formal und materiell 55, 67, 73, 74, 157, 187–191, 199, 208, 297, 301, 363
- Redespirale (siehe auch Schweigespirale) 352, 365
- Redewirklichkeit 340, 341, 345, 346, 349, 351, 352
- Referendum 143, 144, 310
- Referent, empirischer 18, 87
- Regelkreislauf 113
- Regierung 13, 15, 18, 20, 44, 47, 50, 52, 53, 55, 62, 64, 68, 73–76, 87, 88, 111, 113, 115, 116, 118, 119, 121, 126, 131, 132, 134, 136, 137, 139–146, 153, 156, 160–164, 166, 168, 170–175, 179, 183, 186, 189, 191–194, 197, 199, 203, 204, 208, 215, 218, 225, 231–234, 236, 247, 248, 251, 252, 254, 256–258, 262–265, 267, 268, 270, 271, 279, 280, 283–289, 291–331, 333–336, 341–343, 359, 360, 362, 364–366, 379, 381, 382, 384–391, 395, 396, 398–400, 408, 410, 417, 418, 426, 428, 429, 432, 434, 444

Regierungssystem 13, 15, 20, 44, 47, 74, 76, 111, 115, 116, 118, 131, 134, 139–142, 145, 161, 168, 192–194, 218, 233, 257, 267, 270, 279, 280, 283, 284, 286–289, 291, 292, 294, 296–298, 300, 303–305, 307, 309, 311, 314, 317, 318, 323, 324, 328, 359, 360, 362, 381, 395, 410, 429, 434, 444

Regierungstechnik 183, 327–329, 331, 365

Regionalisierung 118, 226, 228

Regionalstudien 361

Reich 40–44, 46, 47, 64, 65, 67, 72, 73, 97, 98, 111, 116, 128, 148, 170, 178, 187, 195, 201, 220–223, 226, 227, 230, 251, 255, 281–285, 318, 324, 342, 370, 371, 394, 395, 403, 414, 425, 429

Rekrutierung 42, 91, 242–246, 266, 269, 270, 358, 364

Reliabilität 23, 34

Religion 14, 39, 42, 44, 45, 48, 49, 52, 61, 65, 67, 75, 81, 95, 117, 132, 135, 148, 151, 156, 159, 178, 185, 201, 202, 217, 218, 223, 273, 371, 372, 379

Repräsentation 38, 46, 62, 118, 274–281, 285, 364

Repräsentationslücke 261, 263, 280, 311, 364

Responsivität 113, 116, 160, 162, 261, 264, 276, 279, 280, 296, 311, 312

Revolution 13, 47, 50–54, 61, 62, 64, 69, 74, 76–79, 81, 118, 147, 158, 165–168, 176, 184, 224, 280, 284, 363, 374, 377, 380

Rolle, Rollenstruktur 12, 21, 25, 26, 30, 33, 42, 52, 61–67, 71, 72, 75–77, 85, 88, 102, 107, 108, 112, 115, 117, 120, 132, 140, 145, 146, 155, 175, 193, 215, 218, 221, 224, 232, 233, 237, 242, 243, 245, 247, 248, 251, 254, 257–260, 266, 267, 270, 280, 285, 287, 298, 300, 305, 307, 309, 314, 316, 319, 332, 337, 338, 341, 343, 356, 365, 372, 377, 384, 387, 389, 394, 397, 402, 407, 415, 421, 424, 427, 428, 431, 434, 436, 438

Rückkopplung 113, 118

S

Schichtenbau 70, 84, 89, 182, 191, 417, 431, 432

Schweigespirale (siehe auch Redespirale) 352

Sekundäranalyse 23, 130, 440

Selektivität 16, 17, 24, 25, 351

semiparlamentarisch 141, 289, 362

semipräsidentiell 141, 289, 318, 323, 362

Signifikanztest 16

Situationsdefinition 11, 12, 39, 317, 345, 381, 406, 422

Souveränität 38, 49, 52, 61, 65, 81, 108, 185, 186, 363, 372, 373, 375, 384, 385, 399, 420

Sozialdemokratie 53–55, 60, 63, 259, 326

soziale Medien 12, 337, 341, 445

Sozialisation 30, 80, 91, 238, 241, 266, 358, 361, 364, 422, 425

Sozialismus, sozialistisch 30, 37, 51–55, 58–60, 63, 65, 69–71, 73, 76–82, 91, 104, 105, 108, 119, 123, 136, 147, 148, 152, 157, 169, 179, 187, 188, 217, 227, 238, 241, 242, 244, 253, 257, 258, 266, 272, 315, 358, 360, 361, 364, 375, 380, 394, 404, 410, 422, 425, 427

Sozialkonstruktivismus (siehe auch Konstruktivismus, Wirklichkeitskonstruktion) 88, 411, 423–425

Sozialstaat 117, 137, 324, 325

Sozialtechnologie 48

Soziobiologie 66, 203

Spieltheorie 85, 86, 89, 203

Staat 12, 15, 16, 20, 21, 32, 41, 42, 45, 47–56, 59–61, 63–65, 70–74, 76, 78, 79, 84, 85, 89, 90, 93, 94, 98, 101–103, 105, 106, 108, 111, 112, 114, 115, 119–122, 129–132, 136–147, 152, 153, 155–159, 163–167, 169, 170, 172, 174–181, 183–194, 197–199, 201, 204, 214, 215, 218, 222–228, 231, 235–238, 240, 241, 244, 247, 251–253, 255–257, 263–267, 281, 283–285, 288, 294, 302, 310, 315–318, 320–322, 324–328, 331, 332, 341, 352, 355, 359–361, 363, 366, 371–374, 376–387, 389–397, 399–402, 404, 406–410, 412–420, 424, 426–429, 432, 434, 436–439

Staat, scheidender 361, 377, 397

Stichwortregister

- Staatszerfall 178, 180, 181, 238, 363, 397, 402
- Stand, Stände 192, 193, 222, 250, 251, 283, 388, 406
- Ständestaat 65, 185, 222, 226, 316
- Statistik 23, 101, 103, 431
- Steuerung 41, 88, 89, 91, 94, 95, 113, 114, 117, 133, 157, 159, 161–163, 165, 170, 171, 186, 220, 225, 232, 234–237, 249, 252, 286, 289, 315, 316, 320, 323, 326, 334, 379, 383, 416, 424, 428
- Stichprobe (siehe auch Auswahl) 16, 103, 126, 127, 129, 274, 275
- Struktur 24, 64, 70, 93, 112, 115, 168, 257, 283, 323, 326, 340, 357, 371, 390, 398, 400, 434, 438
- Subsidiarität, Subsidiaritätsprinzip 119, 121, 192, 199, 236, 325, 366
- Subsystem 93, 114, 117, 119, 133, 135, 218, 225, 228–232, 236, 263, 391
- Suprasystem III, 114, 135, 220, 228–234
- Symbol 54, 85, 114, 229
- symbolische Politik 164, 266, 280, 330, 345, 353
- System 12, 26, 37, 44, 47, 49, 51, 60, 65, 72, 73, 76, 78, 80, 82, 84–86, 88–97, 106, 111–124, 126, 128–139, 141–143, 145–150, 152–171, 173, 175, 177, 178, 181–185, 187, 189, 191–194, 196, 197, 199, 200, 203–205, 211, 213–239, 241–249, 252–254, 256, 257, 263, 264, 267–269, 274–277, 280, 281, 288, 289, 291–294, 297, 300, 307, 309, 310, 314–317, 321, 323–327, 329–331, 335, 337, 341, 345–348, 354, 356–362, 364–366, 369, 376–378, 381–386, 389, 391, 393, 395–398, 400, 402, 403, 406–408, 411, 414, 415, 417–420, 422, 424, 425, 427, 429, 430, 432, 433, 435–439, 441, 444
- Systemtheorie 84, 92, 93, 106, 112
- Systemvergleich (siehe auch Vergleich, Vergleichsforschung) III, 122–124, 131, 238, 362
- Szientismus, szientistisch 417, 431, 441
- T**
- Theorie 21, 34, 37, 38, 40, 43, 45, 46, 49, 52–54, 60, 62, 68, 72, 74, 75, 77–86, 92, 94, 95, 107–109, 125, 131, 134, 156, 158, 169, 193, 256, 275, 278, 358, 359, 366, 402, 409, 410, 426, 427, 434
- Topos, Topik 431, 433
- Totalitarismus, totalitäre Herrschaft, totalitäre Diktatur 51, 53, 136, 137, 147–152, 154–156, 167, 177, 178, 200, 214, 216–218, 238, 277, 363
- transnational 327, 369, 377, 378, 382–384, 391, 393, 396, 408, 416, 418, 420, 441
- Transzendenz 117
- Typ 14, 62, 87, 95, 126, 131, 133, 136, 137, 139, 141, 142, 144, 145, 147, 154–156, 167, 169, 172, 224, 237, 240, 243, 255, 257, 258, 261, 279–281, 284, 287, 289, 294, 305, 308–310, 331, 333, 360, 362
- Typologie 131, 133, 169
- U**
- Umwelt 12, 88, 92, 94, 97, 112–114, 158, 159, 161, 165, 273, 337, 361, 383, 391, 392, 435, 436, 439
- Untersuchungsfall 16, 124–126, 129, 130, 408
- Utopie, utopisch 49, 51–53, 59, 78, 108, 371, 379, 420
- V**
- Validität, valide 17, 34, 246
- Variable
- abhängige 124–126, 239, 427
 - intervenierende 125
 - unabhängige 124–126
- Verband 114, 143, 248
- Verfassung 41, 46, 50, 60, 61, 63–65, 74, 120, 138, 140, 142–144, 174, 187, 190, 191, 196, 227, 229, 232, 295, 306, 308, 310, 331, 403, 419
- Verfassungsstaat 76, 131, 136–138, 152, 163, 167, 171, 174, 181, 182, 200, 214–217, 238, 240, 241, 246, 257, 267, 322, 362, 420
- Vergleich, Vergleichsforschung 19, 28, 31, 87, 99, 106, 122–130, 134–136, 142, 149, 217, 246, 267, 284, 323, 354, 356, 360, 362, 365, 366, 377, 407, 408, 438, 439
- Vergleichbarkeit 122, 123, 127, 128, 362
- Verifikation 18

- Verschwörung, Verschwörungstheorie 339, 340, 349
- Vetogruppe, Vetospieler 121, 163, 174, 211, 245, 251
- Volksabstimmung (siehe auch Plebiszite, plebiszitäre Instrumente) 143, 144, 268, 366
- Volksgesetzgebung (siehe auch plebiszitäre Instrumente) 142–146, 199, 277, 310
- Volkssouveränität 38, 61, 121, 186, 208
- W**
- Wahl, Wahlen 118, 121, 122, 124, 130, 142, 144, 147, 163, 164, 171–173, 176, 193, 195, 196, 198, 209, 211, 215, 231, 233, 245, 254–258, 260, 262, 267, 268, 271–273, 276, 278, 281, 289, 293–295, 298, 299, 303, 305, 309, 310, 325–328, 330, 342, 343, 359, 364, 376, 389, 405
- Wahlforschung 101, 271, 359
- Wahlkampf 172, 209, 210, 245, 267, 272, 274, 294, 295, 329
- Wahlrecht 138, 172, 173, 258
- Wahrheit 18, 19, 22, 23, 25, 34, 98, 147, 202, 206, 211, 307
- Wahrheitsgehalt 18, 19, 22, 23, 25, 147
- Wenn/Dann-Aussage (siehe auch Zusammenhangsaussage) 20, 22
- Wertbindung 76
- Werturteil 21, 22, 57, 95, 96, 203, 406, 413
- Widerstand 13, 44, 55, 75, 76, 99, 100, 105, 148–150, 158, 164, 217, 256, 284, 293, 294, 313, 365, 394
- Wiederwahlmechanismus 196, 198, 212, 264, 276, 278, 290, 328, 343
- Willensbildung 33, 90, 118, 120, 132–136, 138, 139, 144, 147, 149, 153, 176, 191, 192, 197, 202, 205, 215, 248, 250–252, 262, 264, 267, 275, 277, 278, 287, 288, 305, 307, 310, 311, 321, 334, 361, 379, 384–386, 389, 395, 398, 434, 436, 438
- Wirklichkeit 11, 16, 17, 19, 21, 25–32, 34, 45, 47, 52, 79, 81, 84, 85, 89, 90, 95, 96, 99, 112, 116, 120, 122, 129, 131, 142, 144, 151, 178, 182, 195–197, 200, 201, 203, 213, 239, 275, 279, 286, 288, 296, 306, 309, 314, 317, 332, 338–341, 345, 347–350, 352, 354, 376, 388, 396, 411, 417, 420, 421, 423–425, 431, 432, 434, 436, 445
- Wirklichkeitskonstruktion, wirklichkeitskonstruktiv 92, 148, 150, 151, 421, 424
- Wissenschaft 11, 14, 15, 17–19, 24, 27, 33, 46, 81, 83, 97–99, 102–106, 123, 201, 202, 241, 246, 369, 371, 372, 375, 376, 378, 379, 383, 393, 395, 406, 407, 409–413, 420, 421, 431, 445
- Wokeismus, woke 37, 82, 123, 148
- Z**
- zentrales politisches Entscheidungssystem 115, 118
- Zentralismus 119, 228
- Zentralstaat 223
- Zivilgesellschaft 169, 170, 173, 247
- Zusammenhangsaussage (siehe auch Wenn/Dann-Aussage) 20

Personenregister

A

Adorno, Theodor W. 78
Alexander d. Gr. 370
Almond, Gabriel A. 92
Althusius, Johannes 48
Anastasios I. (Kaiser) 45
Arendt, Hannah 60, 83
Aristoteles 39, 41, 43, 58–63, 66, 67, 72,
76, 83, 95, 97, 99, 131, 182–184
Arnisaeus, Henning 64
Aron, Raymond 83
Arrow, Kenneth J. 94
Augustinus v. Hippo 43, 44, 58, 59, 67,
75, 95, 372, 413
Augustus (Kaiser) 48, 220

B

Babeuf, François-Noël 77
Bagehot, Walter 312
Bakunin, Michail A. 51, 59
Barber, Benjamin 56
Bentham, Jeremy 60, 61, 71
Berger, Peter 92
Bergstraesser, Arnold 104
Bernstein, Eduard 63
Béthune, Maximilien de, Herzog von
Sully 371
Bèze, Théodore de 75
Bismarck, Otto v. 223, 414
Blanqui, Auguste 62, 77, 256
Bobbio, Norberto 83
Bodin, Jean 48, 50, 59, 61, 65, 72
Bolingbroke, Lord Henry St. John 256
Bossuet, Jacques Bénigne 61
Brecht, Arnold 104
Buchanan, James M. 93
Burgess, John W. 104
Burke, Edmund 53, 62, 255, 278

C

Calvin, Johannes 59, 75
Campanella, Tommaso 51
Carlyle, Thomas 59
Carr, Edward H. 413
Chateaubriand, François 53, 62

Cicero, Marcus Tullius 41, 60–63, 66, 67
Coase, Ronald H. 94
Comte, Auguste 201
Condorcet, Marquis de 62, 69
Constant, Benjamin 62–64
Contarini, Gasparo 63
Coser, Lewis A. 90
Crouch, Colin 176
Crucé, Émeric 371
Czempiel, Ernst-Otto 419

D

Dahl, Robert A. 83, 139
Dahlmann, Friedrich Christoph 102
Dahrendorf, Ralf 90
Dante, Alighieri 371
Derrida, Jacques 92, 95
Deutsch, Karl W. 91, 164, 201, 202, 219
Dionysius Exiguus 43
Downs, Anthony 94
Drath, Martin 147
Durkheim, Émile 92
Duverger, Maurice 141

E

Easton, David 92, 112
Edinger, Lewis E. 91
Engels, Friedrich 51–53, 59, 77, 78, 100
Etzioni, Amitai 56
Eulau, Heinz 104

F

Fanon, Frantz 79
Filmer, Robert 61
Fisher, Ronald A. 103
Foerster, Heinz v. 94
Foucault, Michel 92, 179
Fraenkel, Ernst 71, 89, 104, 201, 252, 277,
312, 366
Friedrich, Carl Joachim 104

G

Gandhi, Mahatma 76
Garfinkel, Harold 85

Personenregister

Gelasius I. (Papst) 45, 67
Georg I. (König) 284
Georg II. (König) 284
Gerber, Carl Friedrich v. 69
Gianotti, Donato 63
Giddens, Anthony 92
Goffman, Erving 85
Gramsci, Antonio 79
Gratian 46
Green, Thomas H. 59
Grotius, Hugo 49, 59, 68, 417
Guicciardini, Francesco 63

H

Habermas, Jürgen 83, 85, 90, 91, 94, 337
Hamilton, Alexander 50
Harrington, James 61, 63
Hart, Herbert L.A. 69
Hättich, Manfred 131
Hauriou, Maurice 89, 112
Hayek, Friedrich August v. 60, 74
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 52, 58, 59
Heller, Hermann 83, 93, 104
Herzog, Dietrich 91, 371
Heuss, Theodor 104
Hitler, Adolf 59
Hobbes, Thomas 44, 48, 50, 58, 59, 61, 65, 68, 72, 83, 86, 93, 95, 176, 183, 184, 186, 373, 413
Hobhouse, Leonard T. 63
Hobson, John A. 426
Hooker, Richard 72
Horkheimer, Max 78
Hotman, François 75
Humboldt, Wilhelm v. 50
Hume, David 60, 73, 93

J

Jaspers, Karl 83
Jay, John 50
Jefferson, Thomas 69
Jellinek, Georg 93, 111, 178
Jesus v. Nazareth 43, 44, 148
Johannes v. Salisbury 74
Johannes v. Segovia 47
Johnson, Chalmers 158, 366
Jouvenel, Bertrand de 83

Justinian (Kaiser) 41, 46

K

Kaiser, Karl 384
Kant, Immanuel 49, 59, 93, 96, 131, 419
Karl d. Gr. (Kaiser) 19, 371
Kautsky, Karl 77
Kelsen, Hans 69, 93, 104
Keohane, Robert O. 417
King, Martin Luther 76
Kirchheimer, Otto 260
Konfuzius 40
Konstantin (Kaiser) 42, 47
Kropotkin, Peter 59

L

Laband, Paul 69
Lasswell, Harold 104
Lehmbruch, Gerhard 90
Lenin, Wladimir Iljitsch 58, 62, 65, 77, 78, 166, 426
Lévy-Strauss, Claude 92
Lijphart, Arend 90, 146
Limnaeus, Johannes 64
Lipset, Seymour M. 169
List, Friedrich 426
Locke, John 48, 50, 58, 59, 64, 68, 75, 81, 93, 183, 184, 417
Loewenstein, Karl 144
Lorenzen, Paul 94
Lovenduski, Joni 91
Luckmann, Thomas 92
Luhmann, Niklas 83, 85, 91, 92, 94
Luther, Martin 45, 59, 75, 76
Luxemburg, Rosa 426

M

Machiavelli, Niccolò 48, 58, 59, 61, 63, 76, 400, 413
MacIntyre, Alasdair 56
Madison, James 50, 62, 64
Maistre, Joseph de 61
Malinowski, Bronislaw 92
Man, Paul de 95
Mani (Religionsstifter) 148
Mao, Zedong 65, 78, 151, 156, 202
Marcuse, Herbert 78, 104

Marsilius v. Padua 49, 59, 72, 74, 186
Marx, Karl 51–53, 58, 59, 77, 78, 81, 93,
100, 109, 324, 426
Maturana, Humberto 85
Maurras, Charles 59, 61
Mead, George Herbert 85
Meinecke, Friedrich 102
Merkel, Wolfgang 172, 365, 366
Merriam, Charles E. 104
Merton, Robert K. 92
Meyers, Reinhard 405, 442
Michels, Robert 91, 242
Mill, John Stuart 50, 59, 60, 62, 63, 425
Mills, C. Wright 91
Mohammed (Prophet) 40
Montesquieu, Charles-Louis de Secon-
dat 50, 61, 64, 138, 141, 193
Moravcsik, Andrew 419
Morgenstern, Oskar 86
Morgenthau, Hans J. 104, 413
Morrow, John 56, 109
Morus, Thomas 51
Mosca, Gaetano 62, 91, 242
Mussolini, Benito 59

N

Neumann, Fritz 104
Neumann, John v. 86
Neumann, Siegmund 104
Nicolaus Cusanus 47
Nietzsche, Friedrich 62
Niskanen, William A. 94
Noelle-Neumann, Elisabeth 91
Norris, Pippa 91
Nozick, Robert 83
Nye, Joseph S. 417

O

Ockham, Wilhelm v. 74
Olson, Mancur 94
Ortega y Gasset, José 242
Otis, James 77
Otto d. Gr. (Kaiser) 371
Overton, Richard 62
Owen, Robert 63

P

Paine, Thomas 59, 62, 69, 77
Paley, William 60
Pareto, Vilfredo 62, 91, 242
Parsons, Talcott 12, 85, 92, 169, 435
Paulus (Apostel) 43, 75
Pearson, Karl 103
Petrus (Apostel) 44
Pitkin, Hanna F. 276
Platon 39, 41, 58–60, 66, 67, 72, 76, 83,
95, 97, 109
Polybios 60, 61, 63, 76
Popper, Karl 58, 83, 135
Proudhon, Pierre-Joseph 51, 59
Publius, Valerius Poplicola 50
Pufendorf, Samuel v. 48, 67, 68
Putnam, Robert D. 91

R

Radbruch, Gustav 70
Radcliffe-Brown, Alfred R. 92
Rawls, John 59, 60, 95
Ricardo, David 425
Robespierre, Maximilien de 77, 150
Rosenau, James N. 385
Rotteck, Carl v. 50
Rousseau, Jean-Jacques 51, 59, 61, 64, 81,
93, 184, 251, 278

S

Saint-Pierre, Abbé de 61, 371
Sandel, Michael 56
Sartori, Giovanni 83
Savigny, Carl v. 69
Schmitt, Carl 47, 83, 93, 423
Schumpeter, Joseph A. 94
Seysssel, Claude de 65
Sidgwick, Henry 60
Sieyès, Emmanuel Joseph 62, 77
Smend, Rudolf 93
Smith, Adam 93, 425
Spencer, Herbert 92
Stahl, Friedrich Julius 53, 381, 442
Stalin, Joseph W. 65, 78, 156, 202
Steffani, Winfried 191, 297, 318
Stirner, Max 59
Strauss, Leo 40, 92

Personenregister

Suárez, Francisco 49, 68
Sybel, Heinrich v. 102

T

Taylor, Charles 56
Theoderich (König) 45
Thomas, William I. 12, 347
Thomas v. Aquin 43, 59–61, 63, 66–68,
70, 72, 74, 372
Thoreau, Henry David 76
Thukydides 413
Tocqueville, Alexis de 50, 63
Treitschke, Heinrich v. 102
Tulloch, Gordon 93

V

Vanhanen, Tatu 170

Voegelin, Eric 40, 104

W

Wallerstein, Immanuel 429
Walpole, Robert 284
Waltz, Kenneth W. 413
Walzer, Michael 56
Weber, Max 11, 40, 83, 85, 91
Welcker, Karl Theodor 50
Wendt, Alexander 421
Wiener, Norbert 12
Williamson, Oliver E. 94
Wilson, Woodrow 420
Wolff, Christian 49